

Halle vom Staat verlangen, das soll man nicht ohne weiteres auf unsere Organisation übertragen. Wir sind eine Kampforganisation, und sie muß unter allen Umständen die Möglichkeit des frischen Entschlusses und seiner schnellen Ausführung behalten, wenn die Aktionsfähigkeit, wenn die Schlagkraft der Partei nicht gelähmt werden soll. Der Antrag Halle verlangt z. B., daß innerhalb eines Vierteljahres jeder Parteitagbeschuß angefochten werden kann. Die Folge würde sein, daß jeder Parteitagbeschuß erst ein Vierteljahr abzulagern muß. Der Parteivorstand überstürzt sich grundsätzlich nicht (Große Feuertaufe), und es ist deshalb gar nicht notwendig, daß man ihn erst noch an die Kette legt. Ich glaube also, der Antrag Halle ist unter keinen Umständen ausführbar.

Dann noch einige Worte zum Ausschlußverfahren. Gottschalk hat darauf hingewiesen, daß durch unseren Vorschlag dem Angeeschuldigten Rechtsgarantien, die ihm heute gegeben seien, genommen würden, und zwar, weil er auf die Zusammensetzung der Bezirksvorstände doch keinerlei Einfluß habe. Gottschalk hat hier nur übersehen, daß wir die Institution der Bezirksvorstände als eine Art Vorinstanz auffassen, und aus unserer Erfahrung heraus — Sie haben ja bisher in Königsberg glücklicherweise herzlich wenige Ausschüsse gehabt — wissen wir, daß durch solche vorinstanzliche Prüfung ein großer Teil der Ausschlußangelegenheiten in bester Weise aus der Welt geschafft werden kann. (Sehr richtig!) Gelingt das nicht, kommt die Sache zur weiteren Verhandlung, dann sind die Rechtsgarantien dem Angeeschuldigten auch in Zukunft in vollem Maße gegeben; er bestimmt seine Weisheit zum Schiedsgericht, und die Unparteilichkeit des Vorsitzenden ist garantiert durch dessen Berufung durch den Parteivorstand. Schmitt-München kann unbesorgt sein, daß unsere Bestimmungen nicht Fuhangeln werden. Selbstverständlich wird auch in der Zeit der Leidenschaft und der Kämpfe die Parteiteilung ihr Neugefessenes tun, daß solche Bestimmungen loyal ausgeführt werden. Schließlich ist ja auch in jedem Einzelfall der Parteitag die letzte Instanz. Ich glaube, wir können unbedenklich die Zustimmung geben.

Und nun möchte auch ich Sie bitten, die Vorlage möglichst en bloc anzunehmen. Es ist kein vollendetes Werk, das für alle Zeiten Geltung haben soll. Mit dem Erstarken unserer Organisation werden wir uns auch künftig mehr als bisher auf Parteitagen mit Organisationsfragen beschäftigen müssen. Ergeben sich Mängel in der Praxis in dem, was wir Ihnen vorgeschlagen haben, so haben wir jederzeit Gelegenheit, sie zu beseitigen. (Bravol)

Reus (persönlich): Mir ist wiederum der Vorwurf gemacht worden, daß ich früher dahin gewirkt hätte, daß in Anhalt ein Grundbeitrag von 15 Pf. festgesetzt würde. Anhalt hat immer noch zu den Bezirken gehört, die dem Parteivorstand gegeben, aber niemals von ihm verlangt haben.

Singer: Auf das Schlußwort des Referenten hatte diese persönliche Bemerkung keinen Bezug. (Reus: Aber wahr ist sie.)

Weiß-Berlin: Reus glaubte es gestern notwendig zu haben, von der Brandenburgischen Delegation zu behaupten, daß sie ihre Bezahlung aus einem Fonds erhalte, dessen Herkunft man nicht kenne. Es könnte dadurch der Eindruck hervorgerufen werden, als ob hier irgendwie unkontrollierbare Mittel zur Verfügung der Organisation ständen. Er tabelte jedenfalls die Art und Weise der Bezahlung, wie sie in der Provinz Brandenburg vor sich geht. Ich habe daher die Pflicht, hier zu erklären, in welcher Art und Weise die Grundkosten für die Delegation der Provinz Brandenburg aufgebracht werden. Gerade so wie anderwärts gibt die Organisation Sammellisten heraus, deren Gesamtertrag an die Bezirksorganisationen abgeführt wird, und diese zahlt den einzelnen Delegierten ihre Unkosten. Dadurch sind wir in

die Möglichkeit beruht, die wohlhabenden Kreise der Provinz Brandenburg mit für die schwächeren heranzuziehen, ein Modus, der nicht Ladel, sondern Billigung verdient. Es ist ja aber Reus nicht möglich an einer Veranstaltung teilzunehmen, ohne den Berlinern eins auszuwischen.

Reus: Ich muß mich dagegen verwahren, daß ich irgendwie die Absicht habe, den Berlinern oder denen aus der Umgebung Berlins irgend etwas am Zeuge zu flicken, aber ich habe das Recht gehabt, darauf aufmerksam zu machen, daß aus solcher finanziellen Abhängigkeit auch eine moralische hervorgehen kann. (Zuruf: Unsinn!)

Referent Ebert: Ich muß noch etwas nachtragen. Es handelt sich um die Regelung der Ausschlußangelegenheiten, wie es mit den jetzt laufenden bereits anhängig gemachten Sachen gehalten sein soll. Die Kommission hat dem Parteivorstand empfohlen, die bisher anhängig gemachten und schwebenden Ausschlußangelegenheiten nach den bisher bestehenden Bestimmungen zu erledigen, alle neu anhängig gemachten Sachen aber nach den neuen Bestimmungen des Entwurfs.

Der Antrag auf Verweisung des Entwurfs an eine Kommission wird abgelehnt.

Es liegt ein Antrag vor auf en bloc-Akzeptanz des Organisationsstatuts unter Vermeidung der Spezialbesprechung.

Proffitt: Ich habe im Auftrage einer Reihe von Delegierten zu erklären, daß eine erhebliche Anzahl von Delegierten aus verschiedenen Landesteilen große Bedenken gegen die Fassung des Organisationsstatuts haben. Namentlich die §§ 23 und 26 geben zu diesen Bedenken Veranlassung. Um aber bei der Geschäftslage des Parteitages die Beratung wichtiger Punkte der Tagesordnung nicht zu verzögern, sowie in der Ueberzeugung, daß alle Instanzen der Partei auf eine loyale Anwendung der betreffenden Bestimmungen hinwirken werden, wollen diese Delegierten einer en bloc-Abstimmung nicht widersprechen.

Ein Widerspruch gegen die en bloc-Akzeptanz erfolgt nicht, die Vorlage der Kommission wird mit erdrückender Mehrheit angenommen. Damit sind sämtliche hierzu vorliegenden Anträge erledigt. Die Resolution 265 wird mit geringer Mehrheit angenommen.

Singer: Durch den soeben gefaßten Beschluß hat sich der Parteitag, die Vertretung der Gesamtpartei, eine neue Waffe für seine Kämpfe geschaffen. Lassen Sie mich die Ueberzeugung aussprechen, daß die neuen Waffen wie die alten Waffen erfolgreich für die Parteibestrebungen wirken mögen. Durch die Abstimmung sind sämtliche zu dieser Materie gestellten Anträge erledigt. (Sehhafter Beifall.)

Damit ist Punkt 4: „Beratung des Organisationsstatuts“ erledigt. Es folgt Punkt 5:

Die Maifeier.

Hierzu liegen vor die Anträge 51 bis 63, 65, 259 und 277. Der Antrag 259 ist insofern abgeändert, als es sich jetzt nicht mehr um einen Antrag der Generalversammlung in Königsberg handelt, sondern um einen von den Delegierten genügend unterstützten Antrag. Die Anträge werden zur Unterstützungfrage gestellt. Nicht genügend unterstützt werden die Anträge 52, 54 bis 57, 59 bis 61, 63 und 65. Es stehen also mit zur Diskussion die Anträge 51, 53, 58, 62, 64, 259 und 277.

Singer schlägt vor, als Grundlage der Diskussion die Vorschläge zu betrachten, die in gemeinsamer Beratung des Vorstandes und der Generalkommission aufgestellt worden sind. (Drucksachen Nr. 51.)

ParteiSekretär Müller-Berlin als Referent: Wir haben wieder ein Jahr der mündlichen und schriftlichen Diskussion über die Frage der Maifeier hinter uns. Es sind nun schon 20 Jahre, in denen wir über die Maifeier hier in Deutschland diskutieren, und wenn in diesen 20 Jahren die Maifeier noch nicht totgeredet und totgeschrieben worden ist, so ist das der beste Beweis dafür, daß dem Gedanken der Maifeier ein sehr gesunder Kern innewohnt. Nun wird dieses Schmerzenskind der Partei im nächsten Jahre großjährig, und es ist die höchste Zeit, daß der Vater für eine ordentliche Ausstattung dieses Kindes sorgt. (Heiterkeit.) Wir müssen endlich um das Gerede über die Finanzierung der Maifeier herumkommen. In der Diskussion des letzten Jahres sind allerhand historische Reminiszgen ausgegraben worden. Man hat gesagt, daß der Fraztionsaufruf von 1890 der Maifeier schon das Genid gebrochen habe. Ich gehe auf diese geschichtlichen Erinnerungen, so interessant sie sind, nicht ein, weil es keinen Zweck hat, über diese Dinge der Vergangenheit zu diskutieren. Wir haben eine sehr konkrete Frage der Jetztzeit zu lösen. Wir haben auch in Nürnberg keinen Auftrag bekommen zu historischen Studien, sondern wir haben den konkreten Auftrag, die Unterstützungsfrage in erneute Erwägung zu ziehen und Vorschläge zu machen, die eine zweckmäßige Durchführung verbürgen. So scheidet auch eine Reihe anderer Fragen vollständig aus der Diskussion aus, so u. a. die Frage, ob etwa die Arbeitsruhe am 1. Mai abgeschafft und die Feier auf einen Sonntag verlegt werden soll. Diese Frage steht nicht zur Diskussion. Wir sind zurzeit gebunden durch die Beschlüsse der internationalen Kongresse, die zuletzt in Mannheim bestätigt worden sind. Wir haben uns darüber nicht zu unterhalten, bis einmal ein anderer internationaler Kongreß neue Beschlüsse gefaßt hat. Die Unterstützungsfrage ist eine Folge der Beschlüsse, die die deutsche Delegation des Stuttgarter internationalen Kongresses gefaßt hat und die auf dem Essener Parteitag dann dem Parteivorstand überwiesen worden sind, der gemeinsam mit der Generalkommission der Gewerkschaften Bestimmungen über die Maifeier treffen sollte. Es war nicht von ungefähr, daß in Stuttgart die deutschen Delegierten sich mit der Frage beschäftigt haben. Bei der großen Aussperrung von 1906 war die Zentralparteiassie in ganz erheblichem Maße zur Unterstützung der Maifeiergemäßregeln herangezogen worden.

Es war ganz selbstverständlich, daß man es nicht dem blinden Zufall für die Zukunft überlassen konnte, inwieweit die Partei eingzugreifen hat, sondern daß irgendein Modus gefunden werden mußte, der die Rechte und Pflichten von Partei und Gewerkschaften festlegt. Wir haben auf dem Nürnberger Parteitag erneut den Auftrag bekommen, über die Unterstützungsfrage zu verhandeln. Weil die Sache so liegt, kann den Wünschen derer nicht stattgegeben werden, die uns immer und immer wieder vorzählen, daß die Unterstützungsfrage das Grab der Maifeier ist und eigenlich ganz ausgeschaltet werden müßte. Wir haben das ja wieder gehört in dem Maifeierbegrübungsartikel der Genossin Luxemburg, worin die Vereinbarungen, die wir Ihnen vorlegen, mit dem schönen Namen „Mißgeburt“ bezeichnet werden. (Lachen.) Ja, wenn es möglich wäre, die Frage der Maifeier in einer allen Beteiligten annehmbaren Weise auf dem Wege von Leitartikeln zu lösen, dann hätte Deutschland die größte und schönste Maifeier der ganzen Welt. (Heiterkeit und Sehr gut!) An Leitartikeln hat es wahrhaftig nicht gefehlt, weder an langen noch an kurzen, aber so kann die Frage eben nicht gelöst werden.

Nun liegt Ihnen eine neue Vereinbarung vor. Ich gebe ohne weiteres zu, daß diese Vereinbarung sich nicht sehr viel von der Vereinbarung unterscheidet, die dem Nürnberger Parteitag vorgelegen hat, aber abgelehnt worden ist. Das ist kein Wunder. Der Nürnberger Parteitag hat ja nicht im ganzen

über die Vereinbarungen abgestimmt, sondern abjahweise, die Absätze 1, 2, 3 und 5 wurden angenommen, Absatz 4 wurde abgelehnt. Da aber eine Vereinbarung nur im ganzen angenommen werden kann, so war damit die ganze Vereinbarung abgelehnt. Ich hatte ursprünglich nicht die Absicht, über die bereits in Nürnberg angenommenen Absätze ein Wort zu sagen, ich bin aber von einigen Delegierten auf eine Bestimmung des Absatzes 2 aufmerksam gemacht worden, die Bedenken hervorgerufen hat. Es heißt da: „Die Kommission hat die Aufgabe, unter Berücksichtigung der beruflichen und örtlichen Verhältnisse und der Bestimmungen der gewerkschaftlichen Organisationen sowie der Beschlüsse des Parteitages, für eine würdige Feier Sorge zu tragen.“ Es wurde gesagt, was soll das heißen, „Bestimmungen der gewerkschaftlichen Organisationen“? Das bedeute in der Praxis, daß die Maifeierfrage an die Gewerkschaften ausgeliefert wird. Der Sinn dieser Bestimmung ist doch sehr leicht verständlich. Ueber die Maifeier bestehen nicht nur Beschlüsse der Parteitage und der Gewerkschaftskongresse, sondern auch eine ganze Anzahl Beschlüsse der verschiedensten Gewerkschaften, Beschlüsse über die Unterstützungs- oder Arbeitslosenunterstützung zahlen. Diese Beschlüsse können wir weder hier noch auf dem Gewerkschaftskongreß aufheben, und deshalb muß darauf in den Vereinbarungen Bezug genommen werden. Im übrigen steht ja in dem in Nürnberg bereits angenommenen Absätzen unserer Vereinbarung in der Hauptsache, daß die Vorbereitungen für die Maifeier von Partei und Gewerkschaften gemeinsam zu treffen sind, und was ich für besonders wichtig halte, im Gegensatz zu den früheren Verhältnissen, daß die Maifeier an keinem anderen Tage fegegangen werden darf als am 1. Mai, wodurch mit dem Zustand ausgeräumt werden soll, daß wir oft bis kurz vor Juniansang in den verschiedensten Gegenden Deutschlands Maifeiern haben.

Neugefaßt ist Absatz 4, der von dem zu gründenden Bezirksfonds handelt. Die Anhänger eines Zentralfonds sagen uns immer wieder, daß die Bezirksfonds im Widerspruch zu dem Prinzip der Zentralisation stehen. Wir haben von Partei wegen — ich erinnere an die Beschlüsse des Essener und des Nürnberger Parteitages — gewiß unser möglichstes getan, damit das Prinzip der Zentralisation der Gewerkschaften allgemein auch in der Partei Anerkennung findet, aber dieses Prinzip der Zentralisation, das unsern großen Zentralverbänden zugrunde liegt, bedeutet doch nicht, daß nun jede einzelne Aufgabe unseres vielgestaltigen gewerkschaftlichen und politischen Lebens zentral geregelt werden müßte. Etwas anderes wäre es, wenn Beschlüsse der internationalen Kongresse oder der Parteitage vorlägen, wonach jeder einzelne politisch und gewerkschaftlich organisierte Genosse absolut verpflichtet wäre, am 1. Mai zu feiern. Dann gäbe es keine andere Regelung als eine zentralistische. Aber die Beschlüsse der internationalen Kongresse und der Parteitage gehen ja dahin, daß dort gefeiert werden soll, wo es ohne Schädigung der Arbeiterinteressen möglich ist, und es wird immer notwendig sein, daß bei der Bestimmung über die Art, wie gefeiert werden soll und über die Zahl derer, die feiern, auf die örtlichen und beruflichen Verhältnisse Rücksicht genommen wird. Deshalb ist es selbstverständlich, daß ein großer Teil der Verantwortung liegt in der Zentrale, sondern in den Bezirken und Orien liegt, und die notwendige Konsequenz davon ist, daß dann auch zu den finanziellen Kosten die Bezirke und Orte herangezogen werden. Wir haben ja auch sonst eine ganze Menge Aufgaben in unserem gewerkschaftlichen Leben, die nicht zentralistisch geregelt werden. Ich erinnere nur an die sehr große Bedeutung der Gewerkschaftsartikelle, die auch nicht zentral zusammengeschlossen sind. Nun ist aber die Haupttriebfeder derer, die für eine zentrale Regelung ein-

treten, die, daß sie am allerliebsten einen großen riesenhaften Zentralfonds haben möchten, aus dem nur geschöpft zu werden braucht. Wenn das möglich wäre, dann wäre es freilich sehr ideal, aber über einen Zentralfonds kommt eine Vereinbarung zwischen Partei und Gewerkschaften nicht zustande, weder in diesem noch in einem anderen Jahre. Es liegen zunächst ja auch formelle Bedenken vor. Bekanntlich hat der Hamburger Gewerkschaftskongreß beschlossen, daß Parteivorstand und Generalkommission noch einmal über eine anderweitige örtliche Regelung der Unterstützung beraten sollen. Der Parteivorstand stand ja selbst ursprünglich auf dem Standpunkt eines Zentralfonds, aber bei den eingehenden Beratungen hat sich ergeben, daß wichtige Bedenken gegen einen Zentralfonds mit obligatorischen Beiträgen bestehen. Die Gewerkschaften — und das trifft auch zum Teil für die Partei zu — sagen, es würde uns in unserer Agitation ungeheuer schaden, wenn wir in den schwarzen Gegenden die neugewonnenen Mitglieder, die wir dem Zentrum und anderen gegnerischen Parteien abgenommen haben, und die selbst zum großen Teil den 1. Mai durch Arbeitsruhe nicht feiern können, obligatorisch zu bestimmten Beiträgen verpflichten wollten, damit die Arbeiter in den Großstädten Berlin, Hamburg, Chemnitz usw. den 1. Mai feiern und unterstützt werden können.

Nun sieht man große Schwierigkeiten darin, daß Bezirksfonds für die einzelnen wirtschaftlich zusammenhängenden Gebiete gebildet werden sollen. Das ist eine Frage, die im einzelnen noch geregelt werden muß. Der Parteivorstand hatte bereits eine Vorlage über die Abgrenzung der Bezirke ausgearbeitet. Wir haben uns aber durch die Verhandlungen mit der Generalkommission davon überzeugt, daß das ohne Zustimmung der in Betracht kommenden Bezirke überhaupt nicht gemacht werden kann. Es ist gesagt, am einfachsten wäre es, wenn man die Agitationsgebiete, die für die politische Partei abgegrenzt sind, zur Grundlage dieser Bezirke machte. Das wäre meiner Auffassung nach falsch. Man muß gerade bei dieser Frage darauf achten, daß wirtschaftlich zusammenhängende Gebiete auch im Zusammenhang bleiben. So gehören z. B. Hamburg und Altona wirtschaftlich zusammen, aber in unserer Bezirksorganisation gehören sie selbstverständlich nicht zusammen. Vor allem wird gegen die Bezirksfonds geltend gemacht, daß es nicht möglich sei, sie gehörig zu stärken. Es wird weiter gesagt, eigentlich wäre es Aufgabe der Gewerkschaften allein, die Unterstützung zu zahlen, die Partei hat dafür kein Geld. Vor allem wird Protest dagegen erhoben, daß die Zentralkassen der einzelnen Gewerkschaften in dieser Frage gänzlich ausgeschaltet werden sollen. Dieser Einwurf ist ganz hinfällig, und ich wundere mich darüber, daß er immer und immer wiederkehrt. Bereits auf dem Hamburger Gewerkschaftskongreß hat Legien auf solche Einwendungen erwidert, daß kein Mensch daran denkt, die Zentralkassen der einzelnen Gewerkschaften vollständig auszuschalten, und im vorigen Jahre protestierten auf ihrer Generalversammlung die Schuhmacher ganz entschieden gegen unsere Vereinbarungen und sagten: „Was fällt Euch ein, Ihr wollt, daß wir nicht mehr zahlen sollen, das gibt es nicht. Wir wollen für die Maiausgesperrten zahlen!“ Wir haben in unserem Bericht an den Nürnberger Parteitag gegen diese ganz irrtümliche Auffassung in den Kreisen der Schuhmacher bereits klar und deutlich polemisiert.

Die Vereinbarungen wollen keinen Zentralvorstand, der statutenmäßig bei der Maiausperrung Unterstützung zahlt, daran hindern. Wir können das ja auch gar nicht. Weder hat der Parteitag noch der Gewerkschaftskongreß das Recht, über die Regelung der Unterstützungen, wie sie die Statuten der einzelnen Gewerkschaften vorsehen, irgend etwas zu beschließen, sondern das ist Sache der einzelnen Gewerkschaft, und die Gewerkschaftsgenossen haben dafür zu sorgen, daß in den Gewerkschaften die bis jetzt bestehenden Bestimmungen

über die Zahlung der Gemahregeltenunterstützung und Arbeitslosenunterstützung für die Maifeierausgesperrten aufrechterhalten werden. Ich bedauere es deshalb, daß zum Beispiel der Deutsche Metallarbeiterverband in einer Zeit, in der wir über die Regelung dieser Maifeierunterstützung noch nicht im Reinen waren, Beschlüsse gefaßt hat, die eine Rückwärtsentwicklung seiner früheren Beschlüsse bedeuten. (Sehr richtig!) Wir können das hier nicht ändern. Die Genossen in den einzelnen Gewerkschaften müssen dafür eintreten, daß die Maifeierausgesperrten auch von ihren Gewerkschaften unterstützt werden. In diesem Sinne werden die Zentralkassen der Gewerkschaften sehr wohl in sehr erheblichem Maße nach wie vor zur Unterstützung der Maifeierausgesperrten herangezogen. Es ist übrigens auch nicht richtig, wie vielfach behauptet wird, daß die Metallarbeiter nun ganz und gar auf ihre persönliche private Verantwortung verwiesen werden, und daß sie absolut nichts mehr bekämen, sondern auch nach den neuen Beschlüssen der diesjährigen Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes wird Arbeitslosenunterstützung von der zweiten Woche ab gezahlt, so daß auch für die Maifeierausgesperrten bis jetzt die Kasse des Metallarbeiterverbandes noch nicht vollständig ausgeschaltet ist. Neben dem ist es nun freilich notwendig, daß auch von der Gesamtpartei und den Gewerkschaften etwas geschieht. Es gibt eine ganze Reihe Gewerkschaften, die aus zentralen Mitteln bisher noch niemals etwas für die Maifeierausgesperrten bezahlt haben. Ich erinnere an die Gewerkschaften der Bauberufe, bei denen lediglich die Lokalkassen an einzelnen Orten früher auf diesem Gebiete schon etwas getan haben. Es ist ferner notwendig, daß dort, wo es sich um Ausgesteuerte handelt, etwas getan wird, und daß dort, wo die Unterstützungen der Gewerkschaft nicht mehr Platz greifen, dafür gesorgt wird, daß Maifeiergemahregelte unterstützt werden. Das kann in der verschiedensten Weise geschehen. Zunächst ist es möglich, daß man für diesen Zweck, wie das früher war und zum Teil auch heute noch geschieht, Matramen ausgibt, und daß für die Maifeiergemahregelten ein bestimmter Extrabeitrag eingeführt wird, wenn die Gewerkschafts- und die politischen Organisationen des betr. Bezirks das beschließen wollen. Es ist nun gewünscht worden, daß dieser Beitrag nicht als freiwilliger Beitrag deklarieren werden soll, sondern daß die einzelnen Bezirke die Möglichkeit haben sollen, obligatorische Beiträge für die Maifeierausgesperrten auszuschreiben. Das wäre wenig zweckmäßig, es würde nur Streit in die Organisationen bringen, und der Ausdruck obligatorischer Extrabeitrag kann schon deswegen nicht Platz greifen, weil wir nicht dahin kommen dürfen, daß diejenigen, die einen derartig ausgeschriebenen Extrabeitrag nicht bezahlen, etwa deswegen aus der Partei oder der Gewerkschaft ausgeschlossen werden. Wir haben keine Ursache, solche neuen Ausschlußgründe in die Partei einzuführen (Sehr richtig!), sondern müssen dafür sorgen, daß diese Dinge in einer Weise geregelt werden, ohne daß das Ausschlußverfahren im Hintergrund broht.

Nun sind in letzter Zeit noch neue Vorschläge aufgetaucht, und unser wissenschaftliches Zentralorgan, die „Neue Zeit“, hat ja auch dazu Stellung genommen. Man hat gesagt, es wäre sehr gut und glücklich, wenn man festsetzte, daß alle diejenigen, die am 1. Mai arbeiten und nicht feiern können, ihren Tagelohn an eine große zentrale Kasse, eine Propagandakasse für unsere Grundsätze abgeben würden. Ich muß schon sagen: meiner Auffassung nach würde dieses Verfahren wahrscheinlich ein sehr kurzes und schmerzloses Verfahren zur Beseitigung der Arbeitsruhe sein. (Sehr gut!) Wir haben doch im letzten Jahre mit dem Antrag 90 zu unserem größten Leidwesen so traurige Erfahrungen gemacht, daß man uns mit derartigen Vorschlägen nicht kommen sollte. Der Genosse Kautsky, dessen Vorschlag zweifellos bei dieser Gelegen-

heit diskutiert werden wird, hat auf die seiner Auffassung nach große propagandistische Wirkung dieses Vorschlages hingewiesen und hat gemeint, daß man, wenn dieser Vorschlag freudig von der Masse der Genossen aufgenommen wird, in einigen Jahren dahin kommen könnte, die Arbeitsruhe überhaupt dadurch zu ersetzen, daß man die Abführung eines derartigen Mallohnens einführt. Ich kann gar nicht entscheiden genug vor einem derartigen Verfahren warnen. Wohin kämen wir denn, wenn Ideale, die die einzelnen Parteigenossen ausüben sollen, durch einen Gelbbetrag abgelöst werden könnten. (Sehr richtig!) Überlegen Sie sich nur, zu welchen Konsequenzen das führen würde, wenn nun, wovon ich überzeugt bin, die Parteigenossen nicht in Masse uns freudig ihren ganzen Lohn abführen würden. Wir hätten dann vielleicht, wenn beschlossen würde, daß man die Maiseier mit 3,50 M. ablösen könnte, den Zustand, daß der nächste Parteitag einfiel, das geht nicht, die Maiseier muß schon für die Hälfte, für 1,75 M. abgelöst werden können. Ich meine, wir dürfen unsere Ideale nicht in die Situation kommen lassen, daß sie auf dem politischen Markt zu herabgesetzten Preisen verschleift werden. (Sehr gut!) Das sind Dinge, die meiner Auffassung nach bei der Lösung der Maiseierfrage ernsthaft überhaupt nicht diskutiert werden können, ganz abgesehen von dem ungeheuren Streit, der in die Massen geschleudert würde, wenn dieselben sich fortwährend mit diesen Streitigkeiten über die Abführung des ganzen oder halben Tagelohnes in ihren Organisationen beschäftigen müßten. (Sehr richtig!) Wir würden dann überhaupt nicht mehr dazu kommen, über grundsätzliche und wichtige taktische Fragen eine Diskussion führen zu können. — Nun ist gesagt worden, freilich werden diese freiwilligen Beiträge, die gezahlt werden, nicht dazu ausreichen, am Ort die Maiseiergemagregelten genügend zu unterstützen, und für diesen Fall ist die Vereinbarung vorgesehen, daß auf dem Wege des Umlageverfahrens der Restbetrag, der am Orte notwendig ist, aufgebracht wird. Im vorigen Jahre fanden diese Bestimmungen sehr viel Anfeindungen. Es wurde gesagt, daß es bei der damaligen Fassung so weit kommen könnte, daß die Parteiorganisationen, die weniger Geld hätten wie die Gewerkschaften, zu einem höheren Beitrag auf Grund dieses Umlageverfahrens herangezogen werden könnten, und nach der Fassung des Abs. 4 war das in der Theorie gewiß auch möglich. Deshalb hat der Absatz 4, der Ihnen heute vorliegt, zum Teil eine andere Fassung erhalten. Nach der früheren Fassung wurde beim Umlageverfahren die Zahl der politisch organisierten Genossen der Zahl der gewerkschaftlich organisierten Ausgesperrten, so daß also nur in dem Falle, der praktisch nie vorkommen wird, wenn alle gewerkschaftlich organisierten auch politisch organisiert sind, Partei und Gewerkschaften je die Hälfte zahlen. Ich habe an einigen Beispielen ausgerechnet, wie ungefähr diese neue Bestimmung wirken würde. Wenn z. B. zur Unterstützung der Maiseiergemagregelten in einem Orte des Bezirks 3000 M. notwendig wären und es wären 100 gewerkschaftlich organisierte Ausgesperrte vorhanden, von denen 90 politisch organisiert wären, dann hätten die Gewerkschaften 1579 M., die Partei 1421 M. aufzubringen. Der Fall wird aber in der Praxis sehr selten vorkommen, denn leider sind wir noch nicht so weit, daß im allgemeinen das Verhältnis von den politisch zu den gewerkschaftlich organisierten 9 : 10 ist. Wenn unter den 100 gewerkschaftlichen Ausgesperrten 60 politisch organisierte vorhanden wären, dann hätten die Gewerkschaften 1875 M., die Partei 1125 M. aufzubringen. Das wird im allgemeinen der Durchschnittsfall sein, der in Betracht kommt. Wenn nur 30 politisch organisierte unter den 100 gewerkschafts-

lich Ausgesperrten vorhanden wären, dann hätten die Gewerkschaften 2307 M. und die Partei 693 M. aufzubringen. Wenn Sie diese Zahlen hören, werden Sie es für sehr wohl möglich halten, diese Summen aufzubringen, besonders da ja die Zentralverbände, soweit sie statutarische Bestimmungen in dieser Frage haben, absolut nicht ausgehaktet werden sollen. — Das zu unserer neuen Vereinbarung, die, wie gesagt, dem Sinne nach im wesentlichen dasselbe enthält wie die vorjährige.

Nun kann es natürlich wieder dazu kommen, daß diese Vereinbarungen abgelehnt werden, aber, Parteigenossen, überlegen Sie sich, welcher Zustand dann entstehen wird. Es bleibt dann natürlich alles beim alten, denn der Beschluß des Mannheimer Parteitages und die internationalen Kongreßbeschlüsse bestehen ja noch. Aber in der Praxis wird das naturnotwendig dahin führen, daß die Gewerkschaften zwar die Unterstützung der Maiseiergemagregelten allein zu tragen haben, daß sie dann aber auch allein darüber bestimmen werden, in welchem Umfange die Arbeitsruhe Platz greift. Wenn Sie diesen Zustand haben wollen, dann lehnen Sie die Vereinbarung ab, aber überlegen Sie sich vorher, was Sie tun. Wir haben wieder ein ganzes Jahr verhandelt. Wir verhandeln seit drei Jahren über diese Frage. Es sind alle erdenklichen Vorschläge gemacht, sie sind wiederholt geprüft, und es gibt wohl keinen Organisationskörper, der sich mit dieser Frage nicht beschäftigt und Anregungen nicht gegeben hätte. Danach können Sie überzeugt sein, das alles, was überhaupt zu erreichen ist, in die vorliegenden Vereinbarungen aufgenommen ist. Ich warne ganz entschieden davor, die Sache dahin zu treiben, daß noch ein paar Jahre lang dieses widerliche Gezerre über die Unterstützungsfreiheit in Partei und Gewerkschaften weiter getrieben werden kann. (Sehr richtig!) Denn das ist der Weg, die Maiseier absolut sicher ins Grab zu bringen. Unsere Vereinbarungen mit der Generalkommission sind den Zentralvorständen der einzelnen Gewerkschaften vorgelegt worden. Es hat eine schriftliche Abstimmung darüber stattgefunden. Die Mehrheit der Zentralvorstände hat unseren Vereinbarungen zugestimmt. Wir haben unsererseits die Leiter unserer Bezirks- und Landesorganisationen in Berlin zur Beratung über diese Frage versammelt gehabt, haben ihre Vorschläge entgegengenommen und das Ende vom Liede ist schließlich doch gewesen, daß sie unseren Vereinbarungen zugestimmt haben. Sie haben nicht Hurra gerufen dabei, und wir wissen selbst, daß unsere Vereinbarungen eigentlich nichts absolut Ideales sind, aber sie sind das Beste, das zurzeit auf diesem Gebiete überhaupt geleistet werden kann, und das sollte für Sie ein Grund sein, ihnen zugustimmen. Dies ist der Boden, auf dem wir weiterarbeiten können, und wenn Sie der Partei diesen Boden entziehen, werden Sie der Arbeitsruhe am 1. Mai keinen Dienst damit leisten.

Wir werden zeigen, daß dieser Weg, der meiner Ansicht nach der einzige ist, der auf die Dauer gegangen werden kann, zu einer Besserung der Verhältnisse führt.

Parteigenossen! In seiner Begrüßungsrede hat der Genosse Beer aus Wien ganz besonders Bezug genommen auf die Maiseier, und er hat die Vertreter des deutschen Klassenbewußten Proletariats gebeten, bei dieser Frage im Auge zu behalten, wie sehr die internationale sozialdemokratische Arbeiterkraft nach Deutschland blickt, um zu sehen, ob das deutsche Proletariat bei der Maiseier bleibt. Als ich diese Ausführungen gehört habe, dachte ich: o du glückliches Oesterreich, du! (Große Heiterkeit.) Es fällt mir nicht ein, eine Parallele zwischen Deutschland und Oesterreich in bezug auf die Maiseier ziehen zu wollen. In Oesterreich haben die Dinge geschichtlich eine ganz andere Entwicklung genommen in der Maiseierfrage und in Sachen der Arbeitsruhe,

aber Oesterreich hätte auch nicht eine so schöne Maiseier, wenn dort nicht die Einheit von Partei und Gewerkschaften in der Maiseierfrage vom ersten Tage an vorhanden gewesen wäre. (Sehr richtig!) Deshalb bitte ich, sorgen Sie endlich dafür, daß durch Annahme unserer Vereinbarung dieser Zankapfel zwischen Partei und Gewerkschaften aus der Welt geschafft wird. Nur auf diesem Wege läßt sich die Maiseier aufrechterhalten. (Lebhafter Beifall.)

Die Diskussion wird eröffnet.

Dittmann-Görlingen: Auch ich bin der Ansicht, daß heute für uns vornehmlich die Frage der Unterstützung der Maiausgesperrten in Betracht kommt, und daß es richtig ist, alle anderen Punkte auszuscheiden. Ich stimme aber mit dem Referenten nicht überein, wenn er sagt, diejenigen, die sich gegen die Vereinbarung wenden, gehen von der Voraussetzung aus, daß lediglich ein großer, riesenhafter Zentralfonds gesammelt werden soll, aus dem zu schöpfen wäre. Diese Auffassung wird nirgends im Reich geteilt. Selbstverständlich sind in erster Linie die Orts- und Bezirksinsanzen verpflichtet, gewissenhaft zu erwägen, in welchem Umfange eine Arbeitsruhe möglich ist, und gewiß sind diese Instanzen in erster Linie verpflichtet, für die Unterstützung der Gemahregelten aufzukommen. Aber es bedeutet eine Verletzung des Zentralisationsprinzips, wenn klipp und klar gesagt wird: eine Unterstützung aus den Zentralkassen der Gewerkschaften und der Partei gibt es unter keinen Umständen. Nun hat allerdings nach der Deklaration des Genossen Müller die Sache ein anderes Gesicht bekommen. Aber dann braucht eigentlich der Satz, daß die Ausgesperrten eine Unterstützung aus der Zentralkasse nicht zu beanspruchen haben, überhaupt nicht in der Vereinbarung zu stehen. Es sollte vielmehr heißen: „Unterstützung aus den Zentralkassen der Partei und Gewerkschaften wird nur gewährt, soweit Beschlüsse der dafür maßgebenden Instanzen vorliegen oder herbeigeführt werden.“ Es soll also nach der heutigen Deklaration durch den fraglichen Satz nur ausgesprochen werden, daß über diese Unterstützungsansprüche auf Grund der Beschlüsse der maßgebenden Instanzen hinaus kein Anspruch an die Zentralkassen besteht. Jetzt herrscht endlich Klarheit. Wenn auch Genoss Regien schon auf dem Hamburger Gewerkschaftskongreß betont hat, daß die Gewerkschaften nach wie vor Beschlüsse fassen können, durch welche die Maigemahregelten der einzelnen Organisationen aus deren Zentralkassen Unterstützung erhalten können, und wenn man sich auf der Generalversammlung des Schuhmacherverbandes auch ähnlich geäußert hat, so bestand doch in der Partei bisher allgemein keine Klarheit darüber. Daß der Satz anders ausgelegt worden ist, beweist ja die Beschlusssammlung der Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes. Aber in Zukunft wird sich kein Gewerkschaftsvorstand mehr auf diesen Satz der Vereinbarung berufen können, wenn er Maiunterstützungen verweigern will. Ich möchte gerade diesen Punkt hier auf dem Parteitage noch einmal mit aller Klarheit hervorheben. Nachdem dieser Punkt vom Referenten klar gestellt und von mir unterstrichen worden ist, habe ich keinen Anlaß mehr, den Antrag 277 aufrechtzuerhalten, der diesen Satz gestrichen wünscht. Wenn wir die Bezirksfonds erst einmal gebildet haben, wird der Zwang der Verhältnisse von selbst dazu führen, daß von diesem Boden aus weitergearbeitet wird. Ich bitte den Referenten, uns noch mitzuteilen, wie er sich künftig die Ausführung des Nürnberger Beschlusses denkt, ob das eingehende Geld in die nach der Vereinbarung zu bildenden Bezirkskassen fließen soll oder nicht. Ich meine, es gehört in diese Fonds hinein. Es ist aber notwendig, daß auch dieser Punkt hier unambiguitätlich klar gestellt wird.

Satzmann-Weddinghausen: Daß die Unterstützungsfrage bei der Maiseier eine sehr schwierige ist, ist selbstverständlich. Aber wenn gesagt worden

ist, daß durch die Unterstützungsfrage der Maiseier der Arbeitsruhe der Gewerkschaften gemacht worden wäre, so bin ich anderer Meinung. Gerade dadurch, daß die Ausgesperrten wissen, daß sie eine Unterstützung bekommen werden, wird der Maiseier neues Leben, neue Anregung gegeben. Die Vorlage ist meines Erachtens wenn auch nicht vollständig, so doch immerhin glücklich gefaßt. Freilich wurde gesagt, es wären gewisse Halbheiten darin. Ich gebe zu, daß sich etwas ganz Vollständiges hier überhaupt nicht schaffen läßt. Nachdem Partei und Gewerkschaften so gewachsen sind, können wir der Unterstützungsfrage nicht mehr aus dem Wege gehen. Wenn gesagt worden ist, daß wir die Maiseier in bezug auf die Arbeitsruhe nicht eher regeln konnten, als bis wir den nötigen Einfluß hätten, die Festtage festzulegen, so kommt mir das so vor, als wenn wir uns erst an den Reichstagswahlen beteiligen sollten, wenn wir wissen, daß wir die Mehrheit erhalten. Wenn die Gegner der Arbeitsruhe, die in den Gewerkschaften zahlreich vertreten sind, meinen, wir müßten sie fallen lassen, weil besonders in den Gewerkschaften große Kämpfe entstehen könnten und weil wir den Zeitpunkt für diese Kämpfe selbst in der Hand haben müssen, so verstehe ich das nicht, denn das Unternehmertum hat jederzeit Gelegenheit, Kämpfe herbeizurufen, es braucht auf den 1. Mai nicht zu warten. In rüdständigen Bezirken haben wir mit der Maiseier ein sehr gutes Agitationsmittel in Händen. In Weddinghausen hat die Maiseier von Jahr zu Jahr an Teilnehmer gewonnen. In diesem Jahre war sie fast doppelt so groß wie im Vorjahre. Im Dortmunder Bezirk mußte eine Anzahl Zeichen den Betrieb stilllegen. Also wenn man etwas für die Maiseier tut, sie nach jeder Richtung propagiert, dann ist die Beteiligung da. Wenn man sie allerdings fortwährend zu diskreditieren sucht, hat man es nachher leicht, auf den Rückgang hinzuweisen. Ich betone ausdrücklich noch einmal den agitatorischen Wert der Maiseier. Sie ist ein Erziehungsmittel, das uns aller Wahrscheinlichkeit nach noch einmal bei unseren Wahlrechtskämpfen gute Dienste leisten wird. Nehmen Sie die Vorlage des Parteivorstandes und der Generalkommission an.

Der Antrag 277 ist zurückgezogen.

Hoffmann-Hamburg: Dem Antrag des Parteivorstandes und der Generalkommission werde ich zustimmen, obwohl er mir durchaus nicht zusagt. Aber die Zustimmung ist notwendig, um aus dem Dilemma herauszukommen, in dem sich die Maiseier im Laufe der letzten Jahre befindet, daß trotz des Beschlusses des Parteitages, die Arbeitsruhe sei die würdigste Feier des 1. Mai, ein großer Teil der Parteigenossen sich darum nicht gekümmert hat, sondern unausgesetzt tätig gewesen ist, die Arbeitsruhe zu beseitigen. Die Hauptsache dreht sich nicht um die Unterstützung, sondern um die Beseitigung oder Aufrechterhaltung der Arbeitsruhe. Der nächstjährige internationale Kongreß zu Kopenhagen wird sich ja erneut mit dieser Frage beschäftigen; ich hoffe, daß dann diejenigen, die als Gegner der Arbeitsruhe in Stuttgart nicht so offen aufgetreten sind, nun auch so ehrlich sein werden und direkt mit einem Antrag an den internationalen Kongreß herantreten auf Beseitigung der Arbeitsruhe (Sehr gut!), daß man dann wenigstens weiß, wozu man ist. Verblümt ist das allerdings auch schon in Stuttgart gesagt worden. In der deutschen Delegation erklärte, wenn ich nicht irre, ein Delegierter der Metallarbeiter, daß die Heranziehung der Partei zur finanziellen Unterstützung die Wirkung haben werde, daß die Anhänger der Arbeitsruhe, wenn sie erst zahlen sollen, zu Gegnern werden. Deshalb irrt sich Müller, wenn er meint, daß jetzt mit der Regelung der Unterstützungsfrage die Sache endgültig geregelt ist. Lesen Sie nur den „Grundstein“, das Zentralorgan der Maurer, da steht ganz deutlich, daß, wenn der Parteitag der Vereinbarung mit der Generalkommission zustimmt, das nur die Bedeutung hat, daß vorderhand über-

haupt etwas gesehen müsse, aber eine bedeutende Förderung der Arbeitsruhe nicht zu erwarten sei, und der Beschluß auf der Generalversammlung der Metallarbeiter sagt mit anderen Worten das selbe. Seitens der Metallarbeiter ist erklärt worden, daß mit diesem Beschluß ja nun jedem freie Hand gegeben sei, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen, aber in den letzten Tagen war mit Bezug auf jenen Beschluß in den Zeitungen zu lesen, daß eine der größten Gewerkschaften Deutschlands nun nicht mehr mitmachen wolle, und wenn die großen Gewerkschaften versagen, dann kann von einer Arbeitsruhe keine Rede mehr sein. So liegen die Dinge. Also, wir müssen, um aus dem Dilemma herauszukommen, jetzt dem Beschluß zustimmen, und wir werden ja dann sehen, wie sich die Sache für die Zukunft gestalten wird. Aber eins müssen wir fordern: daß bis zum internationalen Kongreß, bis zur anderweitigen Regelung, diejenigen Parteigenossen, die einen anderen Standpunkt einnehmen, das Unterminieren unterlassen. (Beifall.)

Entschieden protestieren müssen wir dagegen, daß der Nürnberger Beschluß nicht befolgt wurde, weil die Genossen sagten, der Beschluß sei nicht zulässig, nachdem vorher die Vereinbarung zwischen Generalkommission und Parteitag abgelehnt war. Wenn der Parteitag mit solcher Mehrheit einen Beschluß faßt, haben die Parteigenossen sich unterzuordnen; sie können vom nächsten Parteitag die Aufhebung verlangen. Aber solange der Beschluß noch besteht, haben sie ihn zu beachten. Ich hoffe also, daß mit Annahme der Vereinbarung heute wenigstens die Uneinigkeit aufhört.

Schneppenhort-Nürnberg: Seit dem Essener Parteitag, der dem Parteivorstand den Auftrag erteilt hat, auf Grund des Stuttgarter Beschlusses die Unterstüßungsfrage zu erörtern, ist die Maifeierbegeisterung auch beim Parteivorstand bedeutend herabgesunken. Nach meiner Auffassung hat die Generalkommission den Parteivorstand eingewickelt. Die Haltung dieser beiden Instanzen war im letzten Jahre sehr schwankend und mußte lähmend auf die Maifeier in Partei- und Gewerkschaftskreisen wirken. Ich erinnere nur an die Bremerläufe. So kann es nicht weitergehen; wenn der Vordredner meint, man solle sich erst auf dem internationalen Kongreß gründlich aussprechen, so bin ich der Meinung, daß wir heute klipp und klar erklären müssen, entweder wir feiern den 1. Mai durch Arbeitsruhe oder wir erklären, am Abend findet eine Demonstration statt. In Nürnberg war beispielweise der Versuch gemacht worden, die Arbeitsruhe allgemein durchzuführen. Aber dann kam der Krakeel in den Werkstätten, weil mögliche Genossen sagten: die Arbeitsruhe ist bloßer Unsinn. Als der 1. Mai vorbei war, hatten wir Panik und Streit in den Werkstätten, der sich auf die Partei am Orte übertrug. Und wer trägt die Schuld? Diejenigen, die systematisch darauf hinarbeiten, unsere idealen Grundsätze mit Füßen zu treten, das für Unsinn erklären, wofür wir seit Jahren auf das eifrigste agiert haben.

Die sind schuld daran, daß es heute soweit gekommen ist, die in dem Moment, wo wir die Arbeitsruhe begehen wollen, an Stelle eines Vorwärtsschreitens den größten Widerstreit entfachen, und immer wieder Streit und Panik in unsere Reihen hineintragen. Deshalb sage ich selbst als Anhänger der Arbeitsruhe: lieber feiern wir am Abend des 1. Mai, ehe wir es zulassen, daß fortgesetzt — auch nach dem Vorschlage des Parteivorstandes — der alte Krakeel und Panik bestehen bleibt, und er bleibt bestehen, denn der Passus, daß es den einzelnen Organisationen überlassen ist, abends oder am Tage zu feiern, trägt den Keim der Zwietschheit in sich. Wenn an einem Ort wirklich die Arbeitsruhe beschlossen wird, so können Sie sicher sein, daß die Gegner der Maifeier alles versuchen werden, diesen Beschluß illusorisch zu machen. Erklärt der Parteitag heute als die würdigste Feier den Abend des 1. Mai,

kann haben wir wenigstens eine einheitliche Demonstration, und wir haben nicht die Tatsache zu verzeichnen, daß nur einzelne Gewerkschaften am Tage feiern und daß die anderen darüber spotten und auch des Abends nicht in die Versammlung gehen. Im Interesse der Einheit der Partei ist es klüger, durch eine gewaltige Demonstration am Abend des 1. Mai der bürgerlichen Gesellschaft zu sagen, was wir denken. Dadurch können wir die Massen viel besser begeistern als durch eine Arbeitsruhe, worüber bei den Gegnern und selbst in unjener eigenen Kreisen nur gespottet wird.

Bücher-Frankfurt a. M.: Es ist ein Fehler, daß die glühendsten Anhänger der Arbeitsruhe immer wieder erklären: lieber wollen wir die Demonstration auf den Abend verlegen, als daß Uneinigkeit herrscht! Die Führer der Gewerkschaften sind nicht allein daran schuld, daß die Bewegung nicht zumimmt, sondern auch der Parteivorstand ist uns jedesmal, wenn der 1. Mai nahe, mit irgendeiner Maßregel gekommen, die alles andere bedeutete, nur nicht eine würdige Feier des 1. Mai. Ich nehme an, daß die Maßnahmen des Parteivorstandes diktiert waren von dem Verhalten einiger Gewerkschaftsführer, aber die Partei, die doch eine reine Kampforganisation ist, sollte sich durch solche Maßregeln nicht irritieren lassen. Bezeichnend ist es, daß heute schon einzelne Wahlkreise die Aufhebung der Arbeitsruhe beantragen. Es ist das Wort geprägt worden, man soll dem Idealismus nicht an einem Tage huldigen, sondern an 365 Tagen. Nun, die große Masse der Proletarier bestehen ihren Idealismus an 365 Tagen zu wahren, und denen sollte man nicht ihren Idealismus durch Beseitigung der Maifeier rauben. Auch die Polemik, die anlässlich der Gewerkschaftskongresse in einigen Parteizeitungen geführt ist, trägt nicht dazu bei, die Idee des 1. Mai zu propagieren, sondern sie untergräbt sie, und gerade die „Leipziger Volkszeitung“, die hierin den Vogel abgeschossen hat, wird zugeben müssen, daß das nicht das ist, was notwendig wäre. Der Beschluß der letzten Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes hätte keinen Anlaß zu so scharfer Diskussion geben dürfen. Das schädigt uns ganz ungemein. Wenn der Beschluß auch gesagt ist und wenn auch gesagt wird, die anderen Gewerkschaften werden der größten Gewerkschaft nachfolgen, so kann doch der Beschluß für uns nicht bindend sein, und ich hoffe sicher, daß er auf der nächsten Generalversammlung wieder aufgehoben wird. Gewiß hat man es den glühenden Anhängern der Arbeitsruhe und den Idealisten freigestellt, den 1. Mai zu feiern. Aber wir sind uns doch darüber klar, daß durch die Unterstüßungseinrichtungen der großen Gewerkschaften es heute nicht mehr möglich ist, aus Idealismus die Arbeitsruhe durchzuführen, sondern weil durch die Unterstüßungseinrichtungen der Gewerkschaften die Masse des Proletariats schon zu Unterstüßungsempfängern ergogen ist, müssen auch wir dazu übergehen, die Opfer des 1. Mai zu unterstützen. Es ist das verkehrteste, was die Zentralverbände machen können, und sie schädigen sich selbst, wenn sie erklären, die Zentralkassen gewähren den Ausgesperrten keine Unterstützung. Ist es nicht ein beschämendes Zeugnis für die deutsche Sozialdemokratie, daß auf verschiedenen Kongressen Dr. Adler aus Wien erklären mußte: Ihr Deutschen seid mit schuld daran, Ihr hemmt uns, den 1. Mai so zu feiern, wie es notwendig wäre! Wir haben alle Ursache, dahin zu wirken, daß der Gedanke des 1. Mai sich durchringt, und deshalb geht es nicht, daß die Wesfückmörter der Arbeitsruhe sagen: wir wollen lieber dem 1. Mai ein anständiges Begräbnis bereiten, als daß so fortgewurfelt wird. Im Gegenteil, die Anhänger der Arbeitsruhe müßten zusammentreten und sagen: es muß mit dem Teufel zugehen, wenn wir die Massen nicht begeistern und die wankelmütigen Führer, die heute noch Gegner der Maifeier sind, nicht dazu bestimmen könnten, daß sie den Verhältnissen

Rechnung tragen. Bezeichnend ist es auch, daß eine Anzahl von denen, die immer den Idealismus predigen, noch nicht so viel Idealismus betätigt haben, um dem Münzberger Beschluß auf Abführung eines Tagesverdienstes Rechnung zu tragen. (Hört! hört!) Gleichviel, ob man Anhänger oder Gegner dieses Beschlusses ist, solange er besteht, hat sich jeder Genosse zu fügen. (Sehr richtig!) Ich bin für den ersten Vorschlag der Vereinarungen, aber nicht für den zweiten, und auch dem Antrag Feltow-Besstow kann ich nur in seinem ersten Satze zustimmen. Wenn wir jahraus, jahrein dem Volke predigen, ihr habt nichts anderes zu verlieren als eure Ketten, dann sollten auch wir endlich einmal dazu übergehen und sagen, ganz gleich, ob es zum Kampfe kommt oder nicht, Ihr müßt am 1. Mai feiern. Man fürchtet sich vor einem Kampfe, aber ich bin mir vollkommen klar darüber, daß der Zusammenstoß mit dem Kapitalismus doch nicht aufgehalten werden kann. Überall, wo das Proletariat sich regt, um seinen Forderungen Geltung zu verschaffen, werden die Unternehmer uns den größten Widerstand leisten, und da müssen wir dafür sorgen, daß der Idealismus nicht noch mehr geschwächt wird, sondern wir müssen samt und sonders dafür eintreten, daß der 1. Mai so gefeiert wird, wie es unserer Würde als Parteigenossen entspricht. (Beifall.)

Schred-Bielefeld: Der Antrag 53 kommt aus einem Wahlkreise, der seit einem Jahrzehnt sich bemüht hat, der würdigsten Form der Maifeier Rechnung zu tragen. Wenn diese Parteigenossen mittlerweile zu einer anderen Erkenntnis gekommen sind, so kann man dagegen ankämpfen, darf sie aber nicht beächtigen, daß sie nicht ebenso wie alle übrigen das Wohlergehen der gesamten proletarischen Bewegung im Auge hätten. Die Forderung der Arbeitsruhe ist eine Frage der Taktik. Unsere Partei, welche mit Recht als das Produkt der Entwicklung bezeichnet wird, hat auch stets die Auffassung vertreten, daß sie entsprechend der Entwicklung ihre Maßnahmen treffen müsse. Bezüglich der Maifeier ist dieser Gesichtspunkt leider aufgegeben. Diejenigen, welche aus der Entwicklung andere Konsequenzen für die Machtfaktung des Proletariats gezogen haben und die Meinung vertreten, die Festlegung auf die Forderung der Arbeitsruhe am 1. Mai sei nicht mehr zweckmäßig, werden ganz leichtfertigerweise als Reisetreter oder als Verleher der Parteigrundsätze bezeichnet. Dadurch wird die Diskussion verschoben und kann dann nicht zur Klärung der Meinungen beitragen. Die Genossen, die Anträge auf Aufhebung der Arbeitsruhe gestellt haben, wünschen gerade den demonstrativen Charakter einheitlicher und damit wirkungsvoller zu gestalten. Die demonstrative Wirkung einer Veranstaltung der Arbeiterbewegung ist um so mächtiger, je geschlossener dieselbe ist. Die Arbeitsruhe ist aber nicht nur zur Zeit unmöglich, sondern die Ansichten über diese Art Demonstration gehen weit auseinander. Der Beschluß in Paris 1889 war doch lediglich einem großen Gefühl entsprungen und hat später diesem Gefühl folgend eine weitere Ausgestaltung erfahren. Die Entwicklung der Machtverhältnisse hat aber bewiesen, daß es ratsamer und notwendig ist, das Gefühl in einer Kampf-bewegung nicht zum ausschlaggebenden Einfluß gelangen zu lassen. Je stärker und mächtiger unsere Bewegung wird, desto mehr besteht die Pflicht, nüchtern abzuwägen und die Einschließungen zu treffen. Die Rücksicht auf eine zur Tradition gewordene Einrichtung darf uns nicht abhalten, auszusprechen was ist: daß eben die Voraussetzungen für die idealste Form der Maifeier heute noch fehlen. Es ist ohne weiteres zuzugeden, daß die Zahl der durch Arbeitsruhe Feiernenden in manchen Gegenden seit 1890 zugenommen hat. Aber entsprechend dem Anwachsen unserer Organisationen ist das im allgemeinen nicht geschehen. Die Ursachen hierfür liegen in den Verhältnissen. Die Auffassung hat sich immer mehr Bahn gemacht, daß durch die Macht der Organisationen

der Einfluß des Proletariats in anderer Form gesteigert werden müsse als das durch die Arbeitsruhe geschehen könne. — Die heutige Arbeitsruhe mit ihrer verhältnismäßig schwachen Beteiligung ist kein würdiger Ausdruck der Massenforderung des Proletariats. (Sehr richtig!) Es wird auch leider in absehbarer Zeit nicht gelingen, trotz aller Anstrengungen hierin eine Besserung herbeizuführen. Wir sollten daher unsere Stoßkraft darauf richten, allen denen, die im Frontdienst stehen, die Möglichkeit zu geben, ihren Unwillen gegen das bestehende Unrecht auf allen Gebieten in ihrer Gesamtheit wirksam zum Ausdruck zu bringen. Wenn es uns gelingt, die zu uns gehörigen proletarischen Schichten zu einer bestimmten Zeit auf die Beine zu bringen, so ist das eine viel bedeutungsvollere Tat als das häufige zerrissene Verhalten bei der bestehenden Form der Maifeier.

Nun wird gesagt: wenn wir die Arbeitsruhe am 1. Mai preisgeben, so bedeutet das einen Rückzug, den die herrschenden Gewalten ausnutzen werden. Ach nein, Genossen, der Kampfescharakter der Maifeier würde nur gesteigert werden, wenn statt einiger Prozent Arbeiter, die durch Arbeitsruhe protestieren, Millionen und aber Millionen sich zu einer gemeinsamen wirkungsvollen Demonstration zusammenfinden. Auf unsere Gegner in allen Lagern würde es einen durchschlagenden Eindruck machen, wenn das Proletariat in einer seiner Stärke entsprechenden Weise aufmarschieren würde, um laut und vernünftig seine Gegensätzlichkeit zur kapitalistischen Unkultur zu bekunden, als es heute durch die Arbeitsruhe geschehen kann. Es ist stets ein kluges Gebot aller Strategie gewesen, nicht in unnützen Schlachten die Kräfte zu verbrauchen, sondern die Macht zu konzentrieren, um den vollen Erfolg zu ermöglichen. Mit der Arbeitsruhe im größeren Umfange sind stets Schlachten verbunden, die das Proletariat auf ein ungleiches Terrain drängen und so seine Position schwächen. — Bezüglich der Großindustrie ist ja in der Hauptsache von allen längst zugegeben, daß in absehbarer Zeit eine Arbeitsruhe nicht erkämpft werden kann. Die Arbeitsruhe im Handwerk oder Kleingewerbe hat aber keineswegs eine größere Bedeutung. Außerdem hat auch hier die konzentriertere Macht der Unternehmerorganisation Schwierigkeiten hervorgerufen, die eine Verschiebung der Kampfsposition der Arbeiter mit sich brachten. Es entspricht doch wohl unserer ganzen revolutionären Auffassung, wenn wir die Kraft des Proletariats härten. Die Stärkung liegt aber wesentlich mit darin, wenn wir die wirtschaftliche und politische Lage der Arbeiter direkt verbessern helfen. Das kann wieder nur durch dauernden Kampf geschehen und zu diesem Kampf brauchen wir die Einmütigkeit der Arbeiterklasse. Diese Einmütigkeit wird aber gestört, wo wir aus dem Gefühl heraus unsere Kräfte überschätzen und zu berückten Maßnahmen kommen oder an solchen festhalten. Eine kleine Bewegung kann es sich ja leisten, aus dem Gefühl heraus Entschlüsse zu fassen, und diese als unantastbar zu bezeichnen. Unsere Bewegung aber, die immer mehr an Stärke gewonnen und große Erfolge erzielt hat, hat eine hervorragende Verantwortung, und diese zwingt uns, für die Entscheidungskämpfe die erfolgreiche Grundlage zu schaffen. Sie sehen also, daß die Antragssteller den Kampfescharakter der proletarischen Bewegung nicht schwächen wollen, sondern unter Anwendung der materialistischen Dialektik zu der Auffassung kommen, es diene unserer Sache besser, entsprechend der Entwicklung die Maidemonstration zu einer großzügigen einheitlichen zu gestalten. Das kann nur geschehen, wenn wir eine Zeit wählen, wo auch fast nur den letzten Arbeitssklaven die Teilnahme möglich ist. Der Abend des 1. Mai wäre dazu wohl der geeignetste. Das Gejohle unserer Feinde über unser Abgehen von einer bisshewigen Forderung darf uns nicht beeinflussen. Je mehr diese nach außen jubeln würden, je mehr läßt das die Vermutung zu, daß sie sich in

Wirksamkeit ärgern über unsere veränderte Taktik. (Sehr richtig!) Ihre äußeres Triumphgeschrei wird verstummen, wenn die Wucht der Demonstration durch riesige Massenbeteiligung erhöht wird. In dem Kulturringen des Proletariats werden Kräfte ausgelöst, die zur höchsten Macht drängen, wenn als Grundlage die Organisation gilt. Die Zusammenfassung und Ausnutzung aller Kräfte bei der Massendemonstration ist es, was wir im Interesse unseres Erfolges brauchen. Nicht die äußere Form der Märsche ist die Hauptsache, sondern daß durch Massenbeteiligung Kräfte ausgelöst werden. Je zahlreicher die Massen zusammenströmen, je mehr steigt auch der Mut und das Selbstvertrauen der Arbeiter. Eine große Demonstration der Arbeiterklasse an allen Orten am Abend des 1. Mai wird nachdrücklich die Ideen der Märsche fördern als das bisher Gesehene ist. Nehmen Sie unseren Antrag an. Nicht das Festhalten an der Tradition scheint uns richtig, sondern wichtiger und bedeutungsvoller scheint es uns, wenn wir uns stärken für die endgültige Revolution. (Bravo!)

Zubeil-Berlin: Ich will mich nicht gegen die Vorschläge des Parteivorstandes wenden, aber ich wünschte, daß der heutige Parteitag endgültig in dieser Frage die Stellung einnimmt, die der Märsch im wahren Sinne des Wortes würdig ist. Wenn wir uns die Resolution des Metallarbeiterverbandes vor Augen halten, so müssen wir sagen, wenn auf diesem Boden weitergeschritten wird und der Parteitag nicht dagegen Stellung nimmt, so hat die Märsch den endgültigen Todesstoß erhalten. (Sehr richtig!) Alle Neben, die heute für die Erhaltung der Märsch gehalten werden, werden daran nichts ändern, wenn den Gewerkschaften auf diesem Gebiete nach jeder Richtung hin freie Hand gelassen wird. Im nächsten Jahre soll der internationale Arbeiterkongreß in Kopenhagen stattfinden, in dem Nachbarlande des Landes, wo die Arbeiter jetzt seit sieben Wochen in einem schweren Kampfe stehen und wo sie über eine Woche ohne die geringste Unterstützung ausgehalten haben. Angesichts dieses internationalen Tages sind wir als Parteitag von Deutschland verpflichtet, zu erklären, daß an den Grundsätzen der Märsch, die 1889 festgelegt wurden und von einem großen Teil der Parteigenossen auch eingehalten worden sind, daß an diesen Grundsätzen an der Arbeitsruhe nicht gerüttelt wird. Es wurde ausgeführt, daß, um die Massendemonstration zur Geltung zu bringen, der Abend des 1. Mai und womöglich noch der Sonntag die würdigste Zeit der Märsch wäre. Wer gezwungen ist, als Referent auf solchen Abendversammlungen tätig zu sein, wird nicht auf dem Standpunkt stehen, daß das die würdigste Feier sei, die der internationale Kongreß festgelegt hat. Ist denn der 1. Mai nur ausschließlich der Erklämpfung des Achtstundentages gewidmet? Sehen wir nicht jetzt wieder in großen politischen und wirtschaftlichen Kämpfen? Kämpft nicht das preussische, das sächsische Proletariat, ja fast alle Parteigenossen der Einzelparteien in Deutschland für ein neues Wahlrecht? Selbst die Süddeutschen haben das Wahlrecht noch nicht, welches erungen werden muß. Ist da nicht der 1. Mai zu gleicher Zeit ein Tag der Demonstration auch nach dieser Richtung hin? Dürfen wir ruhen und rasten, solange diese Forderungen nicht erfüllt sind? Wir stehen in der Zeit der Eroberung der Straße. Wir wollen uns nicht mehr das Recht auf die Straßen entziehen lassen, ein Recht, das die bürgerliche Gesellschaft schon lange in Anspruch genommen hat. Das Proletariat gehört auf die Straßen. Ist nicht der 1. Mai einer der größten Demonstrationstage? Wir können uns das Recht auf die Straßen nicht am Abend erobern, wir müssen auf die Straße gehen bei Tage, um der bürgerlichen Gesellschaft und den Gewalthabern zu zeigen, daß das Proletariat nicht mehr gewillt ist, sich als Bürger zweiter Klasse behandeln zu lassen. Hat nicht die bürgerliche Gesellschaft auch ein

im Kampfe gestanden? Auch der bürgerlichen Gesellschaft sind ihre heutigen Privilegien nicht in den Schoß gefallen. Auch sie hat kämpfen müssen, und wenn wir in der Geschichte Deutschlands zurückblicken, dann finden wir, daß auch die bürgerliche Gesellschaft seinerzeit bereit gewesen ist, für ihre Ideale Opfer zu bringen. Und wir Sozialdemokraten Deutschlands sollten nicht mehr gewillt sein, irgendein Opfer für den großen Gedanken des 1. Mai zu bringen? (Zustimmung.) Welcher Kampf erfordert kein Opfer? Wir werden noch manche und viele Opfer bringen müssen und dürfen uns dadurch nicht zurückschrecken lassen. Wir haben in unserem Antrage 58 verlangt, daß der Nürnberger Beschluß betr. die Unterstützungsfrage der Märschgesperrten erweitert werden soll. Es sollen alle diejenigen mit herangezogen werden, die als organisierte Arbeiter gelten und am 1. Mai nicht feiern. Sie sollen veranlaßt werden, den Tagesverdienst des 1. Mai für die Gemahregelten abzuliefern. Wir werden den dritten Teil des Antrages 58 zurückziehen, aber wir wollen, daß dieser Gedanke unter den Parteigenossen propagiert wird, daß ein jeder, der am 1. Mai arbeitet, dazu erzogen wird, seinen Arbeitsverdienst der Allgemeinheit zu opfern. Den übrigen Teil unseres Antrages halten wir aufrecht. (Bravo!)

Singer: Ich stelle fest, daß der Abs. 3 des § 58 zurückgezogen ist.

Ripinski-Leipzig: Wenn es sich nur darum handeln würde, inwiefern die Partei neben den Unterstützungen, die die Gewerkschaften den Märschgesperrten zahlen, zu den Kosten heranzuziehen sei, dann wäre die Frage leichter zu lösen. Aber das ist ja nicht der Kern der Sache. Ich erinnere daran, daß das Bestreben, die Märsch anders zu organisieren, von den Gewerkschaften unter dem Gesichtswinkel ausgegangen ist, daß die Arbeitsruhe am 1. Mai ihre Dispositionen durchkreuzt und sie in ihrer Taktik beeinträchtigt. Nicht die Unterstützungsfrage ist die Hauptsache, sondern die Beseitigung der Arbeitsruhe. Die Sache ist die, daß die Arbeitsruhe am 1. Mai aus dem Aktionsprogramm der Gewerkschaften ausgeschaltet würde. Das ist der Angelpunkt der ganzen Sache. Die Beschlüsse des internationalen Kongresses in Paris gehen doch dahin, daß der 1. Mai als Demonstrationstag für die gesamte soziale Gesetzgebung gelten soll. In dieser Reihe von Forderungen war der Achtstundentag, die Verkürzung der Arbeitszeit an erster Stelle gestellt. Wenn man nun die Arbeitsruhe beseitigen oder die Märsch auf den Abend beschränken will, so muß man doch fragen: sind seit 1889 in Deutschland so wesentliche Verbesserungen in der sozialen Gesetzgebung eingetreten und die Forderungen des Pariser Kongresses erfüllt? Das ist nicht der Fall. Gewiß haben die Gewerkschaften eine Verkürzung der Arbeitszeit für einen großen Teil der Arbeiter erreicht, aber in der Gesetzgebung haben wir nur untergeordnete Fortschritte in bezug der Verkürzung der Arbeitszeit zu verzeichnen; für die gewerblichen Arbeiter fast gar keine. Darum liegen auch heute noch die Voraussetzungen für die Arbeitsruhe am 1. Mai vor. Die Gewerkschaften versuchen durch Aufrollen der Unterstützungsfrage hinten herum die Arbeitsruhe zu beseitigen. Dagegen wende ich mich.

Warum sollen die örtlichen Parteioorganisationen die Unterstützungen der Märschgesperrten übernehmen? Weil sie die Verantwortung für die Arbeitsruhe übernehmen sollen. Das können sie nicht, weil nicht die Partei die Arbeitsruhe beschließt, sondern die Arbeiter in den einzelnen Fabriken. Die Partei hat nur den Einfluß, daß sie in Presse und Versammlungen für die Arbeitsruhe am 1. Mai Propaganda macht. Die Verantwortung für die Beschlußfassung über die Arbeitsruhe kann die Partei deshalb nicht allein übernehmen. Unter dieser Voraussetzung halte ich die Vereinbarung zwischen

Partei und Gewerkschaften für eine platonische Liebeserklärung für die Arbeitsruhe am 1. Mai. Aus der ganzen Vereinbarung klingt die Resignation heraus, daß man auf die Arbeitsruhe am 1. Mai verzichten möge.

Nun heißt es in der Vereinbarung, daß, wenn der gemeinsame Fonds nicht ausreicht, dann Partei und Gewerkschaften nach der Zahl der Ausgesperrten und der Mitglieder die Unterstützung zahlen sollen. Die Parteivereine würden dann einen erheblichen Betrag ihrer Mitgliederbeiträge hierfür verwenden müssen und damit sie den Propagandazwecken entziehen. Der Vorschlag bedeutet aber auch, daß in die Partei ein Gedanke hineingetragen wird, der ihr bisher fremd war, nämlich die Verwendung der Parteigelder für Unterstützungszwecke. Wir kommen damit auf eine schiefe Ebene, auf der es kein Gelingen gibt. Was den Ausgesperrten recht ist, ist den Arbeitslosen, den Kranken, den Witwen billig, und da kommen wir konsequent zu dem Antrag, der in Anhalt gestellt worden ist, Sterbefällen zu errichten. Ich wende mich deshalb auch dagegen, weil die Mitgliederbeiträge der Partei viel niedriger sind als die der Gewerkschaften, und somit die Parteivereine durch die Vereinbarung verhältnismäßig viel mehr belastet werden als die Gewerkschaften. Ich stimme also gegen den Vorschlag des Parteivorstandes. Ich wünsche auch für den Münchener Beschluß Nr. 80 eine andere Fassung. Denn was ihm fehlt, ist eine Abgrenzung der Personen, auf die er Anwendung findet; der Antrag ist zu allgemein gehalten. Uns fehlt die Bestimmung, welche Angestellten der Partei und der Gewerkschaften in Frage kommen, ob auch Angestellte von Konsumvereinen, von Privatbetrieben usw. herangezogen werden sollen. Ferner fehlt eine Begrenzung des Einkommens, von dem an die Angestellten zur Zahlung des Tagesverdienstes herangezogen werden sollen, damit nicht die arme Witwe, die eine Beschäftigung in einem Betriebe einer Arbeiterorganisation erhalten hat, ebenfalls herangezogen zu werden braucht. Ich wünsche deshalb, daß der Beschluß bestehen bleibt, aber klarer formuliert wird. (Zustimmung.)

Stubbe-Hamburg: Die Debatten der letzten Jahre beschäftigten sich vornehmlich mit der Unterstützungsfrage, während sich die Stimmung eigentlich gegen die Bedeutung der Maiseier richtet. Wollen wir uns doch nicht verhehlen, daß in weiten Kreisen der Genossen, nicht bloß in den Gewerkschaften, sondern auch in der Partei, die Stimmung sich gegen die Maiseier selbst richtet. Man hat gesagt, die Zwecke der Gewerkschaften werden durch die Maiseier geschädigt, sie wiege die Opfer nicht auf, den Organisationen würden keine Mitglieder dadurch zugeführt usw. Es ist aber eine Tatsache, daß keine Frage neben den allgemeinen Wahlen zum Reichstag soviel diskutiert wird, wie gerade die Maiseier, und ich bin fest überzeugt, daß durch diese Diskussionen in den Werkstätten und Versammlungen viele über die Arbeiterbewegung aufgeklärt und der Organisation zugeführt sind, so daß man gar nicht darüber im Zweifel sein kann, daß die Maiseier für unsere Organisationen gewerkschaftlich und politisch von großer Bedeutung ist. Aber aus den Anträgen, wenn sie auch zum großen Teil keine Unterstützung gefunden haben, geht doch hervor, daß man in weiten Kreisen die Maiseier beseitigen will, und auch die Vereinbarung zwischen Partei und Generalkommission ist dazu angetan. Ich bezweifle sehr, daß nach den Bestimmungen im Absatz 2 der Vereinbarung es überhaupt noch möglich sein wird, eine Maiseier zustande zu bringen. Dieses ist ganz unmöglich, wenn man all den darin genannten Faktoren Rechnung tragen soll. Zum Beispiel hat der Metallarbeiterverband, dessen Beschluß ja auch Rechnung getragen werden muß, zwar in seinen Statuten noch die Bestimmung, daß von der zweiten Woche an Unterstützung gewährt wird, aber auf seinem letzten Verbandstage hat er sich entschieden gegen die Maiseier er-

klärt. Was sollen die Parteigenossen an den einzelnen Orten für eine Stellung einnehmen, um dem Beschluß des Metallarbeiterverbandes Rechnung zu tragen? Andere Organisationen werden auf ihren Verbandstagen vielleicht andere Beschlüsse fassen; wie soll all diesen Rechnung getragen werden. In den neunziger Jahren ging es im Allgemeinen ohne Unterstützung; der Maurerverband ist bis jetzt noch ohne dieselbe ausgekommen. Wenn bei Erörterung der Arbeitsruhe nur etwas mehr Idealismus zum Ausdruck käme, würde man ganz gut fertig werden. Es wird nun der Vorschlag gemacht, die Gelder durch freiwillige Beiträge aufzubringen. Ein solcher Beschluß ist leicht gefaßt, aber durchführbar ist er nicht. Der vorjährige Parteitag hat den Beschluß gefaßt, daß diejenigen, die unter Fortzahlung des Gehalts feiern, einen Tagelohn abzuführen haben. Sie wissen, welcher Widerstand sich dagegen erhoben hat, und von den Gewerkschaften würden, wenn diese einen ähnlichen Beschluß fassen sollten, gleichfalls keine erheblichen Summen einkommen. Bei uns in Hamburg hat eine Anzahl gewerkschaftlich und politisch organisierter Buchdrucker und Angestellte in den Arbeiterorganisationen sich einfach geweiert, den Tagelohn abzugeben. Wir haben keine Machtmittel, einen Beschluß auf Einführung freiwilliger Beiträge zur Durchführung zu bringen. Dieses wäre nur möglich, wenn wir obligatorische Egtbeiträge einführen. Nichts drängt uns, in diesem Jahre die Sache endgültig zu erledigen. Wir sollten die Entscheidung über die Arbeitsruhe dem Kopenhagener internationalen Kongreß überlassen, und da der nächste 1. Mai auf einen Sonntag fällt, haben wir noch zwei Jahre Zeit, um uns über die Unterstützungsfrage zu verständigen.

Bümelburg: Seitdem in der deutschen Arbeiterbewegung in der Maiseierfrage die Unterstützungsfrage aufgeworfen ist, ist von verschiedenen Seiten behauptet worden, daß das nichts weiter bedeute, als der Maiseier selbst das Grab zu graben. Diejenigen, die eine solche Behauptung aufgestellt haben, sind mit den wirklichen Verhältnissen wahrlich schlecht vertraut. Wenn man sagt, daß der 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert werden soll, und dabei sicher ist, daß mit der Arbeitsruhe Maßregelungen, und zwar Maßregelungen von längerer Dauer verbunden sein können und auch verbunden waren, dann muß man mit der Maiseier die Unterstützungsfrage in Verbindung bringen. (Sehr richtig!) Wer sich in völlig unabhängiger Stellung befindet, der kommt über die Sache leichter hinweg wie diejenigen, die vom Unternehmer abhängig sind und der Gefahr der Maßregelung unterliegen. Es ist sehr leicht gesagt, daß der Idealismus hierbei das Haupt sein müsse. Nach meiner Auffassung würde ein Familienvater, der sich der Gefahr einer Maßregelung von längerer Dauer aussetzt, ohne die Gewähr zu haben, daß er von irgendeiner Stelle aus unterstützt wird, leichtsinnig gegen seine Familie handeln. Ich habe vor zwei Jahren am Tage nach dem 1. Mai in Berlin einen Freund getroffen. Er sagte mir, daß er auf dem Wege nach seinem Arbeitsplatz sei, um sein Geschirr zu holen; er sei gemahregelt, weil er am 1. Mai gefeiert habe. Ich fragte: „Hast Du andere Arbeit?“ „Nein,“ erwiderte er, „wo ich in Beschäftigung stand, hätte ich noch sechs Wochen arbeiten können.“ Der Mann verdiente durchschnittlich 50 Mk. die Woche, und nun hatte er voraussichtlich die nächsten 6 Wochen überhaupt keine Arbeit, denn bekanntlich herrschte damals die Krise. Stellen Sie sich vor, welcher gewaltigen wirtschaftlichen Verlust das bedeutet und welches gewaltige Opfer der einzelne bringen muß. Meinen Sie denn, daß es gleich ist, ob ein Arbeiter arbeitslos ist, weil keine Arbeit vorhanden ist, oder weil er gemahregelt wurde? Ich sage, das Opfer, das von den einzelnen verlangt wird, ist zu groß. (Sehr richtig!) Das kann der einzelne unmöglich bringen, und das kann auch die Arbeiterbewegung nicht von ihm verlangen. Ich bin überzeugt, wenn mancher, der schon ein scharfes Wort für die Arbeitsruhe

gesprochen, und die Feder spitz gemacht hat für die Arbeitsruhe, 50, 100 Mt. oder mehr opfern sollte, dann würde er sagen, nein, das geht zu weit. (Sehr gut!) Wenn wir verlangen, daß die Arbeiter den 1. Mai feiern, dann müssen wir auch im Falle der Maßregelung in Form einer Unterstützung für sie sorgen. Nun besteht ja die Unterstützungsforderung nicht erst seit neuerer Zeit, sondern solange wir den 1. Mai durch Arbeitsruhe überhaupt feiern. In den ersten Jahren hat man sich an vielen Orten dadurch geholfen, daß die örtlichen Organisationen Unterstützung zahlten. Ich wäre in der Lage, mehrere solcher Organisationen zu nennen. Gemäßregeln waren in großer Zahl vorhanden, die Mittel der Organisationen reichten aber nicht immer aus, und so mußten denn nach dem 1. Mai außerordentliche Beiträge gezahlt werden, um die Schulden zu decken, die durch die Zahlung der Unterstützungen gemacht worden waren. Die Erhebung der Extrabeiträge hat dann in manchen Fällen einen Zanfapfel abgegeben, und so ist man dazu gekommen, von den Unterstützungen Abstand zu nehmen. Ich könnte Ihnen nachweisen, daß dann auch wieder die Verteilung an der Arbeitsruhe um ein Bedeutendes zurückgegangen ist. Aus alledem ergibt sich, daß die Unterstützungsforderung aufgeworfen werden mußte. Nun zu dem Streit, wer zahlen soll? Soll man darüber heute noch streiten? Lipinski hat neulich in einer Leipziger Versammlung eine Rede gehalten, aus der herausklingt, daß die Verbände allein zahlen sollen, und die Versammlung hat auch eine diesbezügliche Resolution angenommen. Ich bin erkrankt, daß ein Genosse wie Lipinski einer solchen Resolution überhaupt das Wort reden konnte. (Sehr richtig!) Wer hat die Maßfeier beschlossen? Sie ist beschlossen von der gesamten Arbeiterbewegung, der politischen und der gewerkschaftlichen, die sich auf internationalen Kongressen zusammenfindet. Es handelt sich also um eine Frage, die beide Teile der Arbeiterbewegung angeht, und wenn man sich da auf den Standpunkt stellt, die Partei beschließt wie es sein soll und die Gewerkschaften müssen zahlen, so geht das auf die Dauer nicht, dann müssen sich daraus ganz naturgemäß Konflikte ergeben. Diese Konflikte haben wir ja seit einer langen Reihe von Jahren. Ich vergesse es nie, als ich einmal auf dem Bremer Parteitag einen Genossen hörte, der sagte, daß die Arbeitsruhe nicht schärfer durchgeführt sei, liege daran, daß die Gewerkschaftsführer auf ihren Geldsäcken sitzen. Solchen Standpunkt kann man nicht aufrechterhalten. Müssen wir die Arbeitsruhe durchführen, dann müssen wir Unterstützungen zahlen, aber dann geht es nicht, daß die Partei beschließt und die Gewerkschaften zahlen, sondern dann muß die Sache gemeinsam gemacht werden. (Sehr richtig!) Wir sind in den letzten Jahren glücklicherweise so weit gekommen, daß wir zwischen Partei und Gewerkschaften eine Einrichtung geschaffen haben, die die Möglichkeit gewährt, über manche Dinge leicht hinwegzukommen, und jeder Kenner unseres Parteilebens wird zugefunden müssen, daß das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften in den letzten Jahren ein sehr viel besseres geworden ist. (Sehr richtig!) Und warum? Weil die Zentralen sich in wichtigen Fragen verständigen und weil man allmählich sich daran gewöhnt hat, für das Mißlingen irgendeiner Sache nicht immer den anderen verantwortlich zu machen. Wenn in einer örtlichen Organisation ein Vertrauensmann recht ungeschickt arbeitet und Mißfolge hatte, in 90 Prozent wird er sagen, meine Schuld ist es nicht, die anderen haben schuld. Das mußte natürlich zu Reibungen führen, und statt daß wir uns zusammenfinden sollten, gingen wir auseinander. Auch in dieser Frage müssen beide Teile in engerer Fühlung miteinander arbeiten, dann, bin ich fest überzeugt, wird man über manche Schwierigkeiten hinwegkommen. Stubbe hat Sorge um die Aufbringung der Mittel. Nun, ich bin überzeugt, die Hamburger können leicht einen Fonds zusammenbringen, und wenn die Berliner wollen, dann können

auch sie das ebenfalls. Und genau so, wie sich die Arbeiterbewegung von den Hauptorten aus entwickelt hat, so wird es auch in dieser Frage sein. Es kommt nur darauf an, ob der Wille vorhanden ist. Wenn ein fester Wille hinter der Maifeier steht, dann wird auch die Unterstützungsforderung gelöst werden. Allerdings, wenn die Buchdrucker in unseren Druckereien dann, wenn sie feiern, ihren Tagelohn bekommen und sich dann noch darüber streiten, ob sie etwas abgeben sollen — Parteigenossen sind es nicht, die so etwas tun. (Lebhaftes Sehr richtig!) Ich bebauere diejenigen, die einer solchen Handlungsweise noch das Wort reden. (Erneute lebhaftes Zustimmung.) Uns fehlt weiter nichts, als daß wir über die Maifeier nicht mehr reden. (Seiterkeit und Sehr gut!) Wir haben die Maifeier tagerebet in Deutschland. Ich halte es für richtig, daß wir uns in Zukunft auf unseren Parteitag damit wenig befassen und daß wir uns auch auf dem nächsten internationalen Kongreß damit nicht befassen. In der Vereinbarung zwischen Parteivorstand und Generalkommission liegt, daß die Arbeitsruhe maßgebend sein soll. Das ist eine Verbesserung. Deshalb sollen wir nicht mehr reden, sondern handeln. Dann werden wir auch das erreichen, was wir notwendig gebrauchen. (Die Redezeit ist abgelaufen. — Lebhafter Beifall.)

Ein Schlußantrag, für den Gwals-Berlin spricht und den Guttshalk-Königsberg bekämpft, gilt als abgelehnt, weil das Bureau wiederholt über das Resultat der Abstimmung zweifelhaft ist.

Guttshalk-Königsberg: Ich kann leider die Hoffnung des Genossen Bömelburg nicht teilen, daß über die Maifeier weiterhin nicht gesprochen werden wird, jedenfalls so lange nicht, bis eine befriedigende Lösung der schwebenden Streitfragen gefunden ist, und diese kann ich mit zahlreichen anderen Vorechnern in den Vereinbarungen, die uns vom Parteivorstand empfohlen werden, nicht erblicken. Neben kleinen Verbesserungen gegenüber der Vereinbarung vom vorigen Jahre finde ich darin auch eine direkte Verschlechterung. Ich halte die vorgeeschlagene Gründung von Bezirksfonds gegenüber den im Vorjahre vorgeesehenen Lokalfonds dafür, denn es wird in einer ganzen Reihe von Bezirken dadurch die Arbeitsruhe erschwert werden. Vielfach bildet in den Bezirken das finanzielle Rückgrat ein einziger Parteior, der unter Umständen heute, wo man sich allein auf die lokalen Kräfte verlassen konnte, die Maifeier wagen konnte, wie z. B. Breslau, Königsberg u. a., der aber die Maifeier durch Arbeitsruhe zu empfehlen nicht mehr wagen könnte, wenn er für den ganzen Agitationsbezirk mitverantwortlich gemacht werden soll. Besonders der letzte Absatz scheint mir wenig glücklich gefast. Es heißt da: Esheben die Gewerkschaften im Anschluß an Ausstellungen Lohnforderungen. So haben sie die Unterstützung der Ausgesperrten allein zu übernehmen. Diese Bestimmung ist ganz unzureichend. Ich nehme ja an, daß der Ausdruck Lohnforderungen nicht so engherzig, wie er aussieht, gemeint ist, sondern daß damit auch sämtliche Forderungen, die auf Abänderung der Arbeitsbedingungen, wie z. B. Verkürzung der Arbeitszeit, hingen, gemeint sind. Aber um gekehrt scheint es mir auch notwendig, daß in allen solchen Fällen, wo im Anschluß an die Aussperrung die Arbeitgeber ihrerseits eine Abänderung der Arbeitsbedingungen erstreben, wo also der Kampf zu einem rein gewerkschaftlichen wird, die Gewerkschaften allein die Verantwortung zu übernehmen haben. Wir empfehlen Ihnen daher, zum mindesten die Nr. 3 des Antrags 250 an die Stelle der vorliegenden Vereinbarung zu setzen. Ich hoffe, daß an einer solchen Abänderung das Einbernehmen mit der Generalkommission nicht zu scheitern braucht. Daß die Unterstützungsforderung bei der Maifeier geregelt werden muß, unterschreibe auch ich durchaus. Aber ich meine, daß die Verantwortung und die finanziellen Lasten von benenigen zu tragen sind, die

das Recht für sich in Anspruch nehmen, über die Frage, ob am 1. Mai gefeiert wird, zu entscheiden. Das sind erstens die Genossen selbst in den Werkstätten und Betrieben resp. in ihrer Berufsorganisation und zweitens die örtlichen sowohl politischen wie gewerkschaftlichen Organe, die darauf Einfluß haben, und endlich die Zentralkstellen, sowohl die Gewerkschaften wie die Partei auf ihrem Parteitag. Lipinski hat gesagt, daß die Gewerkschaften allein darüber zu bestimmen hätten, ob am 1. Mai gearbeitet wird. Das ist insofern richtig, als sich eingebürgert hat, daß werkstättenweise darüber entschieden wird, aber wie in den Werkstätten entschieden wird, darauf hat Einfluß nicht nur die Gewerkschaft, sondern auch die Parteipresse und die Parteiversammlungen, der ganze Geist, wie er von unserer Parteibewegung ausströmt. Daher ist es billig, daß auch wir zu einem Teil die Verantwortung und die finanzielle Last übernehmen. In Königsberg stehen wir auf dem Standpunkt, daß, wenn die Aussperrung nur kurz ist, man ruhig verlangen kann, daß die Genossen selbst wie schon bisher opferwillig das Risiko übernehmen und die Kosten tragen, daß für weitere acht Tage die örtlichen Organisationen mit ihren Mitteln herangezogen werden und daß allerdings bei längeren Aussperrungen die Zentralkassen herangezogen werden. Solche Fälle werden sehr selten vorkommen. Die Aussperrung wird stets nicht allein wegen der Arbeitsruhe am 1. Mai eine längere Dauer annehmen, sondern diese Arbeitsruhe wird dann nur den Vorwand zu der Aussperrung geben, während die Unternehmer aus ganz anderen auf wirtschaftlichem, gewerkschaftlichem Gebiete liegenden Gründen derart die Arbeiter auszuhungern suchen. Bei solchen rein gewerkschaftlichen Zielen der Aussperrung aber hat nicht die Parteikasse, sondern die Gewerkschaftskasse einzutreten. Ich empfehle Ihnen also, den Antrag 250 dem Parteivorstand zur Berücksichtigung zu überweisen. Insbesondere verweise ich auf den letzten Punkt, daß die Gewerkschaften ersucht werden, ihrerseits nicht weiter, wie es zahlreiche Gewerkschaften heute noch tun, besondere Beiträge für andere gewerkschaftliche Zwecke zu erheben. Es gibt eine große Anzahl Gewerkschaften, wie z. B. die Metallarbeiter, Holzarbeiter, Transportarbeiter, Bauhilfsarbeiter und gewiß noch viele andere, die obligatorische Matramten ausgeben. Es wird verschiedentlich gesagt, die Partei könne keine Pflichtbeiträge einführen, denn sie werde, falls sie nicht einzutreiben sind, die Mitglieder nicht ausschließen wollen. Stellen wir uns doch nicht solch ein Armutsgewissen gegenüber der Gewerkschaftsbewegung aus. Was die Gewerkschaften vielfach durchgeführt haben, das sollen wir als Partei nicht tun können! Nein, ich sehe auf dem Standpunkt, daß die Opferwilligkeit für diesen Zweck außerordentlich unterschätzt wird, und die Erfahrungen mit dem Nürnberger Antrag machen mich nicht im geringsten trübsig. Es ist vielfach nur eine Minderheit der Arbeiter in der Lage, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen. Wer die große Mehrheit der anderen Arbeiter, die in der Werkstatt am 1. Mai fröhlich müssen, feiern mit uns, und sie feiern mit uns mit Ingrimm im Herzen, daß sie nicht dabei sein können. Ein Ingrim, der sich umsehen wird in Kampfschlossenheit und in die Entschlossenheit, Opfer zu bringen, um endlich aus der Streikschaft herauszukommen. Für dies Ziel einen kleinen finanziellen Beitrag zu leisten, werden die Genossen bereit sein, es muß nur nicht der ganze Tagelohn sein, sondern ein anderer angemessener Beitrag. (Bravo!)

Hierauf wird die weitere Debatte auf Nachmittag vertagt.

Singer: Genosse Karsti hat ein Schreiben eingesandt, in welchem er in bezug auf die Ausführungen des Genossen Fischer einige Mitteilungen macht. Ich bin nicht in der Lage, einem Nichtmitglied des Parteitages sachliche Widerlegungen eines Redners zuzugestehen. Dagegen halte ich mich für verpflichtet,

mitzuteilen, daß Karsti feststellt, daß sowohl der betreffende Artikel als auch seine sonstige Mitarbeit an den Parteiblättern stets auf Verlangen der Redaktion oder der Parteinstanzen geschehen ist.

Die Mittagspause tritt ein.

Nachmittags-Sitzung.

Singer eröffnet die Sitzung um 3 Uhr: Die spanische sozialistische Partei hat dem Parteitag telegraphisch brüderliche Grüße und Wünsche für eine gedeihliche Tätigkeit gesandt.

Die Diskussion über die Maiseier wird fortgesetzt.

Beus: Ich fürchte, der Antrag des Vorstandes wird angenommen. Er führt meiner Ueberzeugung nach zu einer weiteren Verjüngung der Frage; die Energie in der Durchführung der Maiseier wird in den verschiedenen Bezirken sehr verschieden sein und dadurch vollkommen gebrochen werden. Auch in den Großstädten, wo man mit Hilfe der Bezirksklassen den Versuch noch am ehesten machen könnte, wird er mißlingen, weil auch da die Opfer zu groß werden würden. Partei und Gewerkschaften haben so viele kostspielige Aufgaben zu erfüllen, daß in den meisten Klassen eher Erbe als Ueberfluß ist, und den Versuch, es in die Hand unserer wirtschaftlichen Gegner zu legen, ob sie unsere Klassen leeren wollen, werden wir wohl nur einmal machen und nicht wieder. Wenn man weiß, welche Mühe es macht, in der Partei oder den Gewerkschaftskartellen Beiträge locker zu machen etwa für Arbeiter- und Parteisekretariate, Gewerkschaftshäuser usw., dann scheint es doch etwas dreist und lässig, die Hoffnung zu hegen, daß man durch Einrichtung solcher Bezirksklassen die erforderlichen Mittel bald bekommen wird. Schon sie zu bilden, wird sehr schwer sein, in Hamburg, in Leipzig, in Berlin ja, aber sonst wird es sehr schwer werden, in den Bezirken eine einheitliche Meinung zu erzeugen. Leider soll der Nürnberger Beschluß, wonach die Angestellten den Tagelohn hergeben sollen, aufrechterhalten bleiben. Der Gedanke ist ja ganz logisch, aber führt zu den aller schlimmsten Konsequenzen, insbesondere auch der, daß alle nicht feiernden Genossen den Lohn des Tages abliefern müssen, und damit zu endlosen Streitereien. Es ist ja sehr interessant, daß gerade Kautsky es fertig bringt, die Maiseier mit einem gewissen Applomb in eine Maiseier umzuwandeln. Aber die Hauptfolge ist die, daß wir die Streitigkeiten, die wir auf Grund des Nürnberger Beschlusses gehabt haben, dadurch in ganz grandioser Weise in der Partei bekommen werden. In Leipzig war man ja so konsequent; ich habe gehört, daß auf Grund eines solchen Beschlusses betr. Ablieferung des Lohnes seitens aller nichtfeiernden Genossen in dem großen Leipzig ganze 6,50 Mk. eingekommen sein sollen! Da kann man sich vorstellen, welcher Erfolg dann im ganzen Reich zustande kommen wird. Dann haben wir den Krach. Wir können also diesen Weg nicht gehen. Ich bebauere, daß wir nicht den Mut haben, einfach ehrlich zu erklären, die Maiseier, soweit sie die Arbeitsruhe zu erzwingen sucht, war ein Irrtum. Wir haben in der Arbeiterbewegung schon manches mutig zurückgenommen, wir haben uns nie für unfehlbar gehalten. Wenn man jetzt nicht den Mut hat, das zu tun, dann wird das die einfache Folge haben, daß die Unterhaltung über die Maiseier, die wir jetzt schon zwei Jahrzehnte lang gehabt haben, noch ein paar Jahre lang sich fortsetzen wird, nicht zum Nutzen der Partei und vor allem nicht zum Nutzen derjenigen Ideen, die sich an die Maiseier knüpfen. Wenn die Idee des Friedens, der Feindschaft gegen den Militarismus am 1. Mai durch ein Fest noch zum besonderen Ausdruck kommen soll, dann ist es doch kein

Anglick, wenn wir dieses Fest auf den ersten Sonntag nach dem 1. Mai verlegen. Bei dem Zwang auf Ablieferung des Arbeitslohns hat man auch etwas den unangenehmen Eindruck von dem Druck des Arbeitgebers auf den Arbeitnehmer, wenn das auch nicht beabsichtigt ist. Gaben Sie den Mut, gehen Sie einen Schritt zurück, der sich nicht als erfolgreich bewährt hat.

Hüttmann-Graunfurt a. M.: Die Meinung der Parteigenossen, mit der vorgeschlagenen Regelung werde der Arbeitsruhe das Genid gebrochen, kann ich nicht teilen. Ein bedeutender Fortschritt ist nach meiner Meinung durch sie doch erzielt. Wir hatten bisher an allen Parteioruten eine große Anzahl Genossen, die einen rechtlichen Anspruch auf Unterstützung eigentlich nicht gehabt haben. Damit, daß diese rechtliche Grundlage nun geschaffen wird, kommen wir zweifellos einen ganz bedeutenden Schritt weiter. Es sind in den letzten Jahren fast an allen Orten stets Bemühungen zutage getreten, diesem oder jenen die Schuld an der Nichtdurchführung der Arbeitsruhe zuzuschreiben, und vornehmlich den Gewerkschaftsführern. Diese Vorwürfe mögen zum Teil mit Recht erhoben worden sein, in sehr vielen Fällen aber auch zu Unrecht. Man hat nicht genügend erwogen, daß die Verhältnisse an den einzelnen Orten sich im Laufe der Jahre wesentlich verschoben haben und die Verantwortung einzelner Personen bedeutend gestiegen ist. Wäre man sich darüber klar gewesen, so hätte man in den letzten Jahren nicht so über die Frage gestritten, wie geschehen ist. Es wird notwendig sein, mit aller Entschiedenheit auf diesem Parteitag dahin zu drängen, daß endlich eine bestimmte Form für die Regelung der Unterstützungsfrage gefunden wird. Das Hauptgewicht werden wir darauf zu legen haben, daß an den einzelnen Orten die Initiative gefördert wird zu einer würdigen Maidemonstration, aber auch die Initiative, für eine reichhaltige Unterstützung zu sorgen. Wenn wir uns in der Vergangenheit über die Unterstützungsfrage leicht hinweggesetzt haben, so haben wir damit eine große Unterlassungssünde begangen und haben unsere Stellung den Gegnern gegenüber geschwächt. Deshalb größere Initiative auf lokaler Grundlage, von dort aus, wo die Propaganda für die Arbeitsruhe einsetzt. Wenn in diesem Sinne gewirkt wird, so wird uns die Resolution, wenn sie auch kein Ideal ist, doch ein Stück vorwärts bringen. Ich empfehle den Parteigenossen sehr nachdrücklich: sorgt nur dafür, daß eine umfangreiche Arbeitsruhe eintritt, sorgt aber auch dafür, daß ihr die Mittel aufbringt, um die Gemahregelten in würdiger Weise zu unterstützen. (Draboi!)

Sindermann-Dresden: Ich bin ein eifriger Verteidiger der vollständigen Arbeitsruhe am 1. Mai, bedaure, daß man in den letzten Jahren so sehr gegen die Maisfeier gestritten hat und konstatierte, daß doch der Maisfeiergedanke an sich eine sehr robuste Natur haben muß, sonst hätte man die Maisfeier schon längst folgeredet. (Sehr gut!) Durch das Hineintragen der Unterstützungsfrage ist nun aber eine vollständig andere Grundlage geschaffen worden, die wir nach dem Beschluß des Münchberger Parteitages nicht mehr werden beseitigen können. Deshalb ist das beste, wenn wir auf dem diesmaligen Parteitag, um wenigstens zu realen Verhältnissen zu kommen, die Resolution des Parteivorstandes möglichst einstimmig annehmen. Ich bin überzeugt, daß wir auch in Zukunft Debatten über die Maisfeier nicht ganz werden unterdrücken können durch diese Resolution, aber wir werden sie wesentlich einschränken und werden dadurch der Arbeitsruhe einen wirksamen Vorschub leisten. Wenn die Parteigenossen im Lande tätig sind, um diese Resolution durchzusetzen, und ferner die einzelnen Zentralvorstände der Gewerkschaften ebenfalls für diese Resolution eintreten, dann wird jener Geist erstarren, der die Arbeitsruhe immer mehr und mehr ausbaut und zu einer vollständigen macht. (Draboi!)

Abbe-Breslau: Auch die Gegner der Arbeitsruhe am 1. Mai sind der Ansicht, daß der Maisgedanke an sich ein glücklicher und gesunder ist, nicht aber die Form der Maisfeier durch Arbeitsruhe, die wir uns seit 20 Jahren beglücklich bemühen, durchzusetzen. Sie sind der Meinung, daß auch die neuen Vereinbarungen, so wie die alten zu Differenzen geführt haben, an der Unmöglichkeit ihrer Durchführung scheitern müssen, und deshalb der Maisfeier nicht zum Segen reichen können. Was die Debatten darüber etwas bitter, ist die traurige Tatsache, daß man den Gegnern der Arbeitsruhe immer vorwirft, daß sie den Gedanken der Maisfeier herabsetzen oder nicht so von dem hohen idealen Standpunkt derselben verspüren. Das ist beides nicht der Fall. Jeder von denen, die heute in den Gewerkschaften gegen die Arbeitsruhe Stellung nehmen, hat mindestens 10 Jahre lang Seite an Seite mit den übrigen den 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert. Er hat sich von dem Gedanken dieser Art Feier mit demselben Schmerz losringen müssen, wie sich mancher in seiner Jugend vom christlichen Festgedanken losgerungen hat. Bedenken Sie die Tatsache, daß zuerst von Hamburg aus und dann von Götting — ich glaube, es war in den Tagen, als der heutige Referent noch in Götting wirkte (Seiterzeit.) — zum erstenmal die Anträge an den deutschen Parteitag kamen, die Arbeitsruhe aufzuheben und dadurch die Maisfeier wieder zu einer gemeinsamen und einheitlichen zu machen. Gewiß, wenn wir in unseren Städten, speziell im Osten, mit 600, 800 oder gar 1000 Personen am 1. Mai früh aus dem Gewerkschaftshause hinausziehen, so überwiegt zuerst das Gefühl der Zufriedenheit, und diejenigen, die auf uns blicken, sehen darin allerdings eine kleine Demonstration. Wenn man dann aber vielleicht als Referent im Laufe des Tages in die Stadt zurückkehren muß und sieht, wie der ganze wirtschaftliche Betrieb weitergeht, wie auch nicht ein Funken zu merken ist von einer wirklichen Arbeitsruhe, wie man nicht die Gegner, sondern die eigenen Freunde aller Berufe antrifft, die weiterarbeiten, so sieht man doch, daß das nicht die rechte Demonstration ist. Ganz anders und mächtiger ist doch die Demonstration, wenn dann am Abend die Versammlung etwa das Gesicht zeigt, wie der schöne Abend im Krystallpalast, wo die Tausende beieinander sitzen und sich an dem Gedanken des Völkfriedens begeistern. Und noch imposanter wirkt ein solches Fest am Sonntag, wo die Massen durch ihre Wucht wirken, als an Wochentagen, wo die Feste leicht zum Kaffeetränckchen ausarten. Das sind die Gründe, die uns zu Gegnern der Arbeitsruhe gemacht haben. Da nun die Sache augenblicklich nicht aktuell ist, weil im nächsten Jahre der 1. Mai auf einen Sonntag fällt und wir inzwischen einen internationalen Kongreß haben, so sollten wir der Wahrheit ruhig ins Auge schauen und Partei und Gewerkschaften sollten auf dem Kongreß in Kopenhagen die Vorbereitungen dazu treffen, daß die Maisfeier wieder einen Charakter bekommt, so daß das ganze Proletariat teilnehmen kann, sei es am Sonntag oder am Abend des 1. Mai. Nur so kommen wir zu einer wirklichen Demonstration für den Völkfrieden und den Lichtfundentag, während es sonst zu allerhand Maßbaugeräten kommt, die dem Gedanken der Maisfeier nicht dienlich sind. (Beifall.)

Quast: Die heutige Diskussion über die Maisfeier steht unter dem Zeichen der Unterstützungsfrage. Nun bin ich auch der Ueberzeugung, daß die Sammlung eines Unterstützungsfonds sehr notwendig ist, wenn wir auf der Arbeitsruhe bestehen. Aber man darf nicht vergessen, daß die Unterstützungsfrage nur die eine Seite der Frage ist, und daß es nicht nur für das Ansehen der Demonstration, sondern auch zur Sicherung der einzelnen dringend notwendig ist, daß die Arbeitsruhe so ausgedehnt als möglich sich vollzieht. Je ausgedehnter sie ist, desto gesicherter ist der einzelne gegen Maßregelung. Das

gilt namentlich dann, wenn die Depression überwunden ist, und das wird ja bei der nächsten Maifeier aller Aussicht nach bereits der Fall sein. Also wenn wir die Arbeitsruhe wollen, dann ja keine Halbheit, dann müssen wir mit allen Mitteln danach trachten, daß die Arbeitsruhe so ausgedehnt wie möglich wird. Damit ist aber nicht gesagt, daß wir die Unterstützungsfrage vernachlässigen sollen, der Meinung bin ich nie gewesen. Wenn ich meinen Vorschlag, der hier so zerzaust worden ist, gemacht habe, so geschah es gerade im Interesse, einen möglichst großen Unterstützungsfonds für die Maifeier zur Unterstützung der Ausgesperrten zu schaffen. Wenn mein Vorschlag so gemeint gewesen wäre, wie Peus ihn aufgefaßt hat, so hätte Müller ganz recht gehabt mit seiner Kritik. Ich habe aber nie gemeint, daß es von Partei wegen zwangsweise nur den Genossen auferlegt werden soll, daß jeder seinen Tageslohn abzutreten hat. Es wäre schon unsinnig, unmittelbar vor dem Parteitag einen so weitgehenden Vorschlag zu machen, ohne daß eine weitere Diskussion vorhergegangen wäre. Ein solcher Vorschlag als Pflicht gedacht, würde selbstverständlich als Sprengpulver wirken. Ich habe vielmehr gemeint, daß wir eine Agitation entfalten sollen, daß uns das Recht gegeben werden soll, an das Pflichtgefühl, das Solidaritätsgefühl eines jeden Parteigenossen zu appellieren, der es nicht für möglich hält, die Arbeitsruhe zu begehren, daß er seinen Tageslohn abliefern. (Zuruf: Das ist dasselbe!) Ich glaube, ein solches Pflichtgefühl bei den Arbeitern Deutschlands zu entwickeln, sollte nicht so schwer sein. In den drei Generationen, in denen ich in der deutschen Sozialdemokratie wirkte, habe ich so viel glänzende Beweise von Opfermut des deutschen Proletariats kennen gelernt, daß das Beispiel, das Peus mit den 6,50 Mk. vorgebracht hat, doch etwas dagegen verblaßt. Und wenn wir z. B. das große Beispiel des schwedischen Generalkonvents jetzt vor uns haben, sehen wir deutlich, daß es leicht möglich ist, wenn man nur an den Enthusiasmus des Proletariats appelliert, die nötigen Mittel aufzubringen. Dann hat man gesagt, mein Vorschlag heiße, das Ideal der Maifeier zu verschleißen und gegen einen Geldebetrag abzulösen. Und ich bin da in einer komischen Lage. Gestern mußte ich mich wehren gegen die Beschuldigung, ich verrate das Programm, heute muß ich mich wehren dagegen, daß ich unsere Parteideale verkaufen will. Das ist für einen Großinquisitor ein harter Vorwurf. (Geisterleit.) Andere sagen wieder, ich appelliere zu sehr an den Idealismus. Das halte ich allerdings für gerechtfertigter. Man brauchte aber meinem Vorschläge nicht von vornherein das Wasser abzugraben und ihn lächerlich zu machen. So darf man die Sache denn doch nicht behandeln. In einem aber bin ich mit dem Genossen Müller einverstanden, wenn er das Hauptgewicht auf die vollständigste und möglichste Durchführung der Arbeitsruhe legt, und wenn der Vorstand dahin wirken will, die Arbeitsruhe so allgemein zu machen, daß mein Vorschlag dadurch hinfällig wird, dann wird sich niemand mehr darüber freuen als ich. Solange das aber nicht der Fall ist, haben wir die Pflicht, nicht nur für die Arbeitsruhe zu sorgen, sondern auch den Genossen überall klarzumachen, daß sie sich, wenn sie nicht feiern können, dadurch nicht loskaufen können, daß sie des Abends in eine Versammlung gehen, ein Glas Bier trinken und einige Pfennige für einen Fonds abführen. Wir müssen dem Proletariat beibringen, am 1. Mai gehört der Proletarier nicht sich, da gehört er mit seiner ganzen Person und mit allen seinen Kräften der Partei, und er hat das in demonstrativer Weise zu bekunden, und wenn er es nicht durch Arbeitsruhe bekunden kann, soll er es in anderer Weise tun. In diesem Sinne bitte ich, meinen Vorschlag zu erwägen, und wenn Sie ihn für akzeptabel halten, ihn zu propagieren. Wie immer man aber auch darüber denken kann, das ist wohl keine Frage, daß die Arbeitsruhe eine unbedingte Notwendigkeit für uns ist, wenn

wir nicht auf die gesamte internationale Arbeiterbewegung einen höchst deprimierenden Eindruck ausüben wollen. (Sehr richtig!) Von den Beratungen, die wir hier gepflogen haben, wird keine von den Proletariern aller Länder mit solcher Aufmerksamkeit verfolgt, wie die über die Maifeier. Die Sozialdemokratie Deutschlands ist das Vorbild geworden für die gesamte internationale Sozialdemokratie, die Proletarier aller Länder sehen in uns die Wurzel ihrer Kraft und ihrer Zuversicht, und wenn wir den Eindruck erwecken, daß wir schwach werden und zurückweichen, dann würden wir deprimierend auf die ganze internationale Sozialdemokratie wirken. (Sehr richtig!) Seien Sie sich dieser Pflicht bewußt, wenn Sie heute hier abstimmen. (Lebhafter Beifall.)

Singer teilt mit, daß mehrere Anträge auf Schluß der Debatte eingelaufen sind.

Weiss-Berlin begründet den Schluß der Debatte. Es ist unmöglich, durch die weitere Diskussion noch etwas zu ändern, alle Meinungen sind hier voll zum Ausdruck gekommen. Die divergierendsten Anschauungen über die Maifeier haben auf den früheren Parteitagen schon ihre Vertreter gefunden, und nur des Redens wegen den Parteitag zu verlängern, dazu ist der Parteitag zu schade.

Leber-Zena: Ich halte die Frage der Maifeier für außerordentlich wichtig. Nachdem wir erst ein kurzes Referat gehört und nachdem sich nur ganz wenige Diskussionsredner dazu geäußert haben, erachte ich es nicht für angebracht, die Debatte bereits zu schließen.

Die Mehrheit entscheidet sich für Schluß der Debatte.

Das Schlußwort erhält:

Müller (ParteiSekretär): Genosse Leber hat auf mein kurzes Referat hingewiesen. Ich brauche auch in meinem Schlußwort nicht länger zu sein. Ich werde auf all die Dinge nicht eingehen, die mit der uns beschäftigenden konkreten Frage nichts zu tun haben. Die Frage der Wscheidung der Arbeitsruhe — das habe ich heute morgen genügend betont — scheidet für uns vollständig aus, ebenso scheiden nach den Vereinbarungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission die Fragen der Abendfeiern und der Sonntagsfeiern aus. Darüber haben wir hier nicht zu reden, und auch die Provokationen des Genossen Peus, der sich hier als starker Mann hinstellt und mit seinem Mut geproßt hat, werden mich dazu nicht bewegen. Ja, wenn wir daselbst wollten, das Peus will, dann hätten wir auch soviel Mut, hierherzutreten und es zu empfehlen. Die Differenz liegt aber nicht in dem Quantum Courage, das der einzelne hat, sondern darin, daß unsere Willensrichtung eine verschiedene ist. Daß die beste Propaganda für die Arbeitsruhe ihre Ausdehnung ist, das ist an und für sich richtig. Bei den Debatten der letzten Jahre wurde dieses Argument oft angeführt. Wir haben aber nicht gesehen, daß es besonders belebend gewirkt hat. Deshalb sind wir dazu gekommen, andere Einrichtungen zu treffen, die eine feste Stütze für die Ausgestaltung der Maifeier bilden. Dittmann hat erklärt, daß nach meiner Deklaration über die Heranziehung der Massen der Zentralverbände zu den Unterstützungen die ganze Sache ein anderes Aussehen hätte. Es wäre ja für mich sehr schmeichelhaft, daß ich diese Klarstellung bewirkt haben soll, ich muß das aber für meine Person ablehnen. Die Frage lag längst klar. Wir haben schon vor Nürnberg klipp und klar ausgesprochen, daß die Zentralkassen der Gewerkschaften nicht ausgeschaltet werden sollen. Wenn hier Verwirrung hineingekommen ist, so durch einige Korrespondenzartikel, z. B. in der parteipolitischen Meinungsabstufung von Harbus, (Sehr richtig!) Wären die Genossen dieser Frage auf

den Grund gegangen und hätten sie sich die alten Aktien angesehen, dann wäre ein Streit in diesem Umfang gar nicht entstanden. Nun wurde gesagt, in Zukunft können sich die Vorstände der großen Gewerkschaften, z. B. des Metallarbeiterverbandes, nicht mehr darauf berufen, daß aus den Zentralkassen keine Unterstützungsgelder mehr gezahlt werden sollen, weil das angeblich in den Vereinbarungen steht. Meiner Auffassung nach kann man sich darauf auch nicht berufen. Das ist eine Frage, die überhaupt nicht durch unsere Vereinbarungen zu regeln ist, die auch nicht von den Zentralvorständen entschieden wird, sondern die die Mitglieder der Zentralverbände auf den Generalversammlungen zu entscheiden haben. Wenn die Mitglieder der Gewerkschaften dafür sorgen, daß die bestehenden Unterstützungsbestimmungen erhalten bleiben und daß vor allem keine Rückwärtsrevidierung vorgenommen wird, dann wird auch am besten für die weitere Ausbebung der Arbeitsruhe gesorgt sein. (Sehr richtig!) Wir können hier von Parteitag wegen nichts tun. Wir haben kein Recht und kein Mandat dazu, den einzelnen Gewerkschaften vorzuschreiben, was sie mit ihren Unterstützungseinrichtungen machen sollen, wie sie sie ausbauen oder ob sie abrüsten sollen. Ich glaube, Genosse Gottschalk ist zu sehr Optimist, wenn er sagt, daß so viele Gewerkschaftsmitglieder, die heute noch nicht den 1. Mai feiern können, mit blutendem Herzen in die Fabriken gehen. Wenn das wirklich zutrifft, dann muß es doch ein leichtes sein, die Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften nach dieser Richtung hin auszubauen. (Sehr wahr!)

Einige Worte zu Kautsky. Ich habe aus seinem Artikel nur die meiner Auffassung nach richtigen Schlüsse gezogen. Es ist mir gar nicht eingefallen, zu behaupten, daß er die Ideale verkauft hätte. Ich gebe seine gute Absicht zu. Ich habe mich nur dagegen gewehrt, daß man eine Gleichung aufstellt: ein Ideal gleich 3,50 Mk. (Weiterkeit.) Und wenn Kautsky meint, ich hätte mich nicht so ablehnend verhalten und nicht erklären sollen, sein Vorschlag sei indiskutabel, so wird er inzwischen durch die Diskussion, in der niemand für seinen Vorschlag eingetreten ist, gefunden haben, daß der von ihm vorgeschlagene Weg der allerungeeignetste ist, um die Arbeitsruhe in größerem Umfange als bisher in Deutschland durchzuführen.

Es sind gegen die Durchführbarkeit der Bezirksfonds einige Einwände erhoben worden. Bismarck hat mit Recht gesagt, daß Berlin, Hamburg und andere große Zentren ohne weiteres in der Lage sind, solche Fonds zu gründen und genügend zu füllen, und wenn von einem kleinen finanzschwachen Bezirk wie Ostpreußen eingemendet wird, daß dann dort alles auf Königsberg angewiesen wäre, und daß Königsberg nicht in der Lage wäre, alle gemäßregulierten Ostpreußen zu unterstützen, so meine ich, daß das für den, der die Verhältnisse kennt, nicht so schwer wiegt, denn die Kaiserern in Estland, Finnland und Gumbinnen werden den Königsbergern keine großen Kopfschmerzen machen. Dort liegen die Verhältnisse so, daß die Frage nicht brennend ist, und davon kann wirklich keine Rede sein, daß man nach Annahme der Vereinbarungen nun etwa an allen Orten mit Wöldampf in die Kaiserernmaßregelungen hineinstürzt. Nein, es gilt in der gegenwärtigen Situation, das Vorhandene stramm festzuhalten, auszubauen und bei günstiger Konjunktur weiterzugehen und dafür zu sorgen, daß der Kaisererngedanke um sich greift.

Nun ist weiter gesagt worden, daß der Antrag 90, der in Nürnberg angenommen ist, noch gültig ist, der eine gemeinsame Kasse von Partei und Gewerkschaften vorseht, in welche der Tagesverdienst der Genossen in Parteibetrieben kommen soll. Es ist gefragt worden, ob das noch zutrifft. Ich halte es für selbstverständlich, daß in Zukunft diese Beiträge in die gemeinsame Kasse fließen. Wenn das bisher nicht überall geschehen ist, so war das der

Fall, weil die im Antrag Frankfurt vorgesehene gemeinsame Kasse von Partei und Gewerkschaften tatsächlich noch nicht vorhanden war. Dieser Antrag war auch einer der Anträge, die im Krubel angenommen wurden. Nachher hat sich erst gezeigt, wie unzureichend er formuliert war. Gut wäre es, wenn ein Minimum festgelegt würde. Wir sollten nicht einer armen Waischfrau ihre paar Pfennige nehmen, die sie an dem Tage verdient. Bisher konnten wir keine Ausnahme machen. Der Parteitagbeschuß bestand und mußte loyal durchgeführt werden. Eine andere Fassung des Antrages liegt leider bisher nicht vor. Dafür, daß dieser Antrag 90 aufgehoben werden soll, bin ich nicht zu haben.

Nun ist wieder das alte Lied gesungen worden, daß der Parteivorstand sich seine Haltung von den Gewerkschaftsführern diktieren lasse, daß er sich einwickeln ließe. Ich habe mir gesagt, etwas Ähnliches hast du schon einmal gelesen, und da fiel mir ein, daß Meyhäuser neulich geschrieben hat, daß die Gewerkschaftsführer sich einwickeln ließen vom Parteivorstand. (Weiterkeit.) Von dieser Seite erhalten wir einen solchen Vorwurf, von der anderen einen entgegengesetzten. Wir hören heute, daß wir uns von den Gewerkschaftsführern einwickeln lassen, morgen heißt es, wir führen nur die Beschlüsse der Berliner Radikalen aus, übermorgen heißt es, die Politik des Parteivorstandes wird in Friedenau und in Steglitz gemacht. Alles das widerspricht sich, und Sie sehen daraus, wie selbständig wir in unseren Entscheidungen vorgehen, daß wir uns in jedem konkreten Falle für das Bessere entscheiden. Die Vorwürfe heben sich tatsächlich gegenseitig auf. (Zustimmung.)

Nun einige Worte dazu, ob die ganze Angelegenheit vor dem internationalen Kongreß in Kopenhagen gebracht werden soll. Ich verpfehle mir davon absolut nichts. Welche Eventualitäten können entstehen? Es könnte in Kopenhagen beispielsweise beschlossen werden, daß die Arbeitsruhe abgeschafft wird und daß der 1. Mai abends oder Sonntags gefeiert wird. Das wollen wir nicht. Beweis dafür ist unsere Vereinbarung mit der Generalkommission. Es könnte aber auch kommen, daß die bisherigen Beschlüsse durch irgendeine Zufallsmehrheit verschärft werden. Dann hätten wir auf dem Papier noch schärfere Beschlüsse, würden sie aber nicht ausführen können, solange wir nicht in befriedigender Weise die Unterstützungsfrage gelöst haben. Wir müssen die Unterstützungsfrage hier entscheiden und sehen, wie weit wir mit dieser Angelegenheit in Deutschland kommen. Ich warne Sie auch davor, die Frage zu vertagen. Wir haben nun drei Jahre in dieser Angelegenheit verhandelt. Ich kann erklären, daß die Generalkommission der Gewerkschaften mit uns über diese Frage vor dem nächsten Gewerkschaftskongreß nicht mehr verhandeln wird. Eine neue Vertagung würde also gar keinen Zweck haben. Wenn Sie uns zwingen würden zu neuen Verhandlungen, so würde vielleicht bis zum nächsten Jahre kein Komma geändert werden. Ich weiß nicht, ob es gut und taktisch richtig wäre, zunächst noch einmal den Gewerkschaftskongreß sprechen zu lassen. Die Sache ist reif und genügend durchberaten. Sie geben hier im Gegenjatz zu der Anschauung einer Anzahl Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern, die die Arbeitsruhe abschaffen wollen, eine klare und bündige Erklärung, daß, soweit es irgend geht, Mittel und Wege geschaffen werden, die Arbeitsruhe auszuweiten. Wir befinden uns in einer so günstigen Situation in bezug auf Kaiserer und Arbeitsruhe wie niemals in den letzten Jahren. Ich bitte daher, alle Anträge abzulehnen und unserer Vereinbarung zuzustimmen. (Beifall.)

Gottschalk zieht vom Antrag 259 die Punkte 1 und 2 zurück.
 Varan-Brandenburg (zur Geschäftsordnung): Wenn ich zum Wort gekommen wäre, wäre ich der Meinung meines Freundes und Genossen Neus entgegengetreten und hätte meine abweichende Meinung präzisiert.

Singer teilt mit, daß Absatz 4 des Antrages 58 ebenfalls zurückgezogen ist.

Bei der Abstimmung wird der Antrag 51 mit großer Mehrheit angenommen. Alle zu diesem Punkt gestellten Anträge mit Ausnahme des Antrages 64 werden als erledigt erklärt. (Beifall.) Der Antrag 64 wird abgelehnt. Damit ist Punkt 5 der Tagesordnung „Maifeier“ erledigt.

Zu einer Erklärung betreffend frühere Verhandlungen erhält das Wort Richard Fischer-Berlin: Ein großer Teil von Ihnen, wenn nicht alle, werden jedenfalls den Artikel im heutigen „Vorwärts“, überschrieben „Stant“, gelesen haben,*) den die Redaktion gegen meine Person zu richten als ihre parteigenössische Pflicht betrachtet hat. Ich möchte Ihnen demgegenüber den stenographischen Wortlaut meiner Ausführungen, die ich gestern gemacht habe, vorlesen.

Fischer verliest den Wortlaut seiner gestrigen Ausführungen und fügt hinzu: Weiter habe ich gegen den „Vorwärts“ kein Wort verloren; angesichts der beschränkten Redezeit habe ich auf jede weitere Polemik gegen die im

*) Der Teil des Artikels, der sich mit dem Genossen Fischer beschäftigt, hat folgenden Wortlaut:

„Die Debatte blieb auch, trotz aller Gegenpflicht der Anschauungen und trotz aller Leidenschaftlichkeit der Redner, sachlich, bis Genosse Richard Fischer Gelegenheit fand, unter gräßlichen Verdrehungen der Tatsachen seine Invektiven gegen die von ihm bitter gehaßte „Vorwärts“-Redaktion in die Öffentlichkeit zu schleudern. Die Fraktion und der Parteivorstand sollten vom „Vorwärts“, so halluzinierte Fischer, beleidigt und herabgesetzt worden sein. Selbst, daß gerade Richard Fischer diese Entdeckung machen mußte, die bis dahin offenbar sowohl dem Parteivorstand wie allen inwischen zum Wort gekommenen Mitgliedern der Fraktion entgangen war! Diese Ehrenkränkung und Herabwürdigung bestand in einer streng sachlichen und in der Form überaus gemäßigten Kritik unseres Kampfes gegen die Reichsfinanzreform. Diese Kritik befand sich zwar in einem Artikel, der vom Genossen Karzki persönlich gezeichnet war, aber wir erklären mit der größten Bereitwilligkeit, daß dieser Artikel durchaus der Auffassung der Redaktion des „Vorwärts“ entsprach und auch auf ihren Wunsch geschrieben worden war. Wir übernehmen also jede Verantwortung für den Artikel, bestreiten aber nichtsdeutender dem Genossen Fischer jedes objektive Recht, aus unserer Erklärung irgendwelchen Vorwurf gegen die Redaktion zu erheben. Fischer hatte höchstens das subjektive Recht revisionistischen Verrägersseins und traditioneller Schimpffreiheit für seine unqualifizierbaren Kumpelereien. Wer Fischer kennt — und wir kennen ihn nur zu gut — wird ja auch solche Ausbrüche eines ungewöhnlich erregbaren Temperaments und sein Koffetieren mit einem fein intensiven Heimatsgefühl bezeugenden Ueber-Bojavarismus des Ausdrucks nicht allzu tragisch nehmen; es gibt aber immerhin auf Parteitagungen Neulinge, die Fischer ernsthafter nehmen könnten, als er sich selbst träumen lassen mag, und ihrer — und der Öffentlichkeit wegen sehen wir uns denn doch zu diesen Bemerkungen genötigt. Freilich war es ja ein Schauspiel für Götter, daß derselbe Fischer, der von „Gänserichen der Fraktion“ sprach und die Ansichten seiner Gegner einfach einen „Dred“ nannte, Parteivorstand und Fraktion gewissermaßen für tabu, für erhaben über jede, auch die in Form wie Inhalt gemäßigte Kritik erklären wollte! Und das tat derselbe Richard Fischer, der sich nicht genug in der Verhöhnung wissenschaftlicher Autoritäten des Sozialismus zu leisten vermag!“

Artikel vorgebrachten Argumente verzichtet und das in dem Satze ausgedrückt: „Es ist traurig, daß man über solchen Dred noch reden muß.“ Dieser Satz — ich betone das ausdrücklich — bezog sich also gar nicht auf den „Vorwärts“. Ich sehe mich daher veranlaßt, Sie zu bitten, folgende Erklärung zu Protokoll geben zu dürfen:

„Wegen meiner Kritik des „Vorwärts“ in der gestrigen Sitzung des Parteitages werde ich in der heutigen Nummer des „Vorwärts“ in einer Weise angegriffen, daß ich es für nötig halte, die Aufmerksamkeit des Parteitages hierauf zu lenken. Ich berufe mich auf den ganzen Parteitag als Zeugen für die Richtigkeit meiner Feststellung, daß ich gegen den „Vorwärts“ oder dessen Redaktion auch nicht ein Wort gebraucht habe, das als beleidigend aufgefaßt werden kann; ich kann mich hierfür sogar auf den am Parteitag anwesenden „Vorwärts“-Redakteur berufen, der weder am Parteitag noch in seinen Berichten an den „Vorwärts“ Anlaß zu Klagen nach dieser Richtung hatte. Ich habe einfach als Parteitagsmitglied von meinem Recht der Kritik an dem Zentralorgan Gebrauch gemacht — ob die Kritik berechtigt war oder nicht, ist hier gleichgültig —; ich protestiere daher an dieser Stelle gegen den unqualifizierbaren Angriff seitens des „Vorwärts“ und kann hinzufügen, daß eine große Anzahl Berliner Delegierten, mit denen ich Rücksprache genommen habe, sich diesem Proteste anschließen.“

Richard Fischer-Berlin.“

Singer: Die abgegebene Erklärung geht zu Protokoll.

Lipinski übernimmt den Vorsitz.

VI. Punkt der Tagesordnung:

die Reichsversicherungsbildung.

Hierzu liegen vor genügend unterstützt die Resolution der drei Referenten Nr. 271 und die dazu gestellten Amendements 279, 280 und 282. Ferner die Resolutionen 32, 35 und 273.

A. Allgemeines und Krankenversicherung.

Referent Bauer-Berlin: Zunächst einige allgemeine Bemerkungen. Die herrschenden Klassen und die Regierung in Deutschland heben bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit hervor, welche großartige Fürsorge durch die Arbeiterversicherungsgegesetzgebung für die Arbeiterklasse Deutschlands geschaffen worden sei. Mit Emphase wird darauf hingewiesen, daß seit Bestehen der Arbeiterversicherung 6 Milliarden Mark für die Versicherten verausgabt worden seien. Die Summe ist gewiß recht respektabel. Wenn man aber die Gesamtleistung sich näher ansieht und zergliedert, so ergibt sich, daß auf jeden Versicherten nur sehr geringe Beträge entfallen, dann schrumpfen diese Ziffern sehr erheblich zusammen. Die gesamten Entschädigungskosten der Krankenversicherung stellten sich 1907 (ausschließlich der Knappschaftskassen) auf 273 Millionen Mark, die der Unfallversicherung auf 150 Millionen und die der Invalidenversicherung auf 172 Millionen Mark, einschließlich des Reichszuschusses. Insgesamt wurden also für die gesamte Arbeiterversicherung im Jahre 1907 rund 596 Millionen ausgegeben. Diesem Betrage stehen gegenüber beinahe 5 Millionen (4 956 388) mit Erwerbsunfähigkeit verbundene Krankheitsfälle. Die Zahl der entschädigten Unfallverletzten betrug 144 703, die Zahl der Krankenrenten 11 627, der Invalidenrenten 112 220 und der Altersrenten 10 813. Dazu kommen noch 188 927 Vertragsrenten. Von diesen Ausgaben im Jahre 1907 entfiel auf jeden Krankenversicherten die ungeheure Summe von 22,56 Mk., auf jeden Unfallversicherten ganze 7,07 Mk. und auf jeden Invalidenversicherten, wenn man 40 Beitragswochen pro Jahr rechnet, 9,79 Mk. Insgesamt wurden also für alle drei Versicherungsweige